

maldekstra #11

GLOBALE PERSPEKTIVEN VON LINKS: DAS AUSLANDSJOURNAL

JUNI 2021

Global Green New Deal

Wirtschaftliches Wachstumsprojekt oder sozialökologische Transformation? Die zahlreichen Vorschläge für einen Green New Deal sind ermutigend oder ernüchternd – je nachdem, von wem sie kommen und mit welchem Ziel sie antreten. Darin liegt die Chance

Wir können und sollten nicht aufhören, von einer Zukunft zu träumen, in der die planetaren Grenzen respektiert werden und auf der ganzen Welt alle Menschen an der Wohlfahrt des Planeten teilhaben können – frei von Armut, Unterdrückung, Ausgrenzung und Krieg.

Zugleich dürfen wir nicht eine einzige Chance verpassen, im Hier und Jetzt Veränderungen zu erwirken und zu erkämpfen. Auch wenn die Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, den Träumen noch hinterherlaufen. Ein weltumspannender Green New Deal ist Teil einer solch pragmatischen Herangehensweise, die in die Zukunft weist beziehungsweise Zukunft möglich machen könnte. Allen Vorschlägen für einen Green New Deal ist eigen, dass sie weiterhin auf Wachstum setzen, obwohl wir mehr als ausgewachsen sind. Zugleich ermöglichen viele Vorschläge einen ersten und vielleicht entscheidenden Paradigmenwechsel. Wichtig wird sein, ob sich zu den Deals, die auf dem Tisch liegen und alle „von oben“ kommen, eine solidarische, soziale, ökologische Bewegung organisiert, die den nötigen Druck ausübt. Eine Bewegung jenseits nationalstaatlicher Egoismen und für ALLE.

Inhalt

- 8 Mann auf dem Mond oder Griff nach den Sternen?** Der europäische Green New Deal bleibt bislang ein vages Konstrukt
- 10 Bleiben und Gehen** Migrationsfragen brauchen klimagerechte Antworten
- 11 Recht auf Mobilität** Ein grüner Plan für eine solidarische Verkehrswende
- 12 Infrastruktur statt billiger Exporte** Bislang findet die Debatte über den GGND in Afrika in stark eurozentristischer Form statt
- 14 Grüne Zukunft oder leerer Traum?** Die Vierte Industrielle Revolution, aus der Perspektive eines Entwicklungslandes betrachtet
- 15 Verseucht, verarmt, militarisiert, terrorisiert** Das Niger-Delta wurde jahrzehntlang von Konzernen wie Shell ausgebeutet. Ein Green Deal muss deshalb Wiedergutmachung beinhalten.
- 16 Vorherrschaft gewünscht** Rohstofflieferanten für die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft – Kehrseite des europäischen Deals
- 18 „Dieser New Deal bedeutet eine neue Phase der Kolonialisierung“** Ein Gespräch mit Luiz Zarref (MST)
- 20 Die Karten neu mischen** Es gibt eine Orientierung, die zu einem Plan verdichtet werden kann
- 21 Gefährliche Türöffner** Warum mit Handels- und Investitionsabkommen kein Staat zu machen ist
- 22 Die Netze denen, die sie nutzen!** Energiegewinnung bildet die Basis der Gesellschaft und ist zugleich Treiber des Klimawandels
- 23 Gemeinsam von unten** Gerechte Transformation muss Nord und Süd zusammendenken

Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, in Kooperation mit der

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Beirat Eva Grothenius, Boris Kanzleiter

Redaktion Kathrin Gerlof (V.i.S.d.P.)
Anne Schindler, Sigrun Matthiesen
Julia Funcke (Korrektorat)
Mitarbeit: Johanna Bussemer

Illustrationen Tomekah George (1 bis 19), Molly Crabapple (Rückseite)

Gestaltung Michael Pickardt

Kontakt Tel. 030.2978.4678
kontakt@common.berlin

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Druckauflage 57.500

„maldekstra“ steht für „links“ in der Weltsprache Esperanto.

„maldekstra“ kann kostenfrei bezogen werden über bestellung.rosalux.de. Anfragen und Leser*innenbriefe bitte an maldekstra@rosalux.org

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Genügend realistisch? Ausreichend radikal?

Wir sind erschöpft und erschöpfen die Natur. So ließe sich ein Befund formulieren. Der ist nicht neu. Der vor drei Jahren verstorbene linke politische Ökonom Elmar Altvater schrieb: „Ganze Berge sind abgetragen, ganze Meere leergefischt, Arten ausgerottet, Urwälder abgeholzt, riesige Areale in Müllhalden und Giftseen verwandelt worden: Alles im Dienste der Inwertsetzung und des Wachstums.“ Das war 1987! Seitdem ist es gelungen, noch mehr Bereiche „in Wert zu setzen“ – Altvaters Aufzählung müsste mindestens um Big Data – die Geldmaschine des 21. Jahrhunderts – erweitert werden. 1987 war der Earth Overshoot Day am 23. Oktober erreicht. 2021 wird der 22. August jener Tag sein, an dem wir unser „Jahresbudget Erde“ aufgebraucht haben.

Die Erkenntnis, dass Wachstum und Entwicklung nicht das Gleiche sind, stetiges Wachstum stattdessen Ursache dafür sein kann, dass die Entwicklung der Menschheit ein Ende hat, ist inzwischen bei vielen angekommen, aber Lösungen gegen den Wachstumsimperativ des Kapitals zeichnen sich nicht ab. Auch der Green New Deal in seinen verschiedensten Lesarten geht von Wachstum aus. Ist er darob verdammenswert? Ganz sicher nicht.

Das ideale, alles ins Gute wandelnde Konzept ist bislang nicht gefunden. Keiner der Vorschläge, auch nicht die vier wirklich ernst zu nehmenden und diskutierenswerten Green New Deals, hält so etwas vor. Stattdessen zeichnen alle Vorschläge (von der Leyens European Green New Deal muss als Mogelpackung bei der Betrachtung außen vor bleiben) ein aus der Not geborener Pragmatismus und die Erkenntnis aus, dass wirklich keine Zeit mehr ist, über die reine Lehre und das theoretisch tollste Konzept zu debattieren und währenddessen NICHTS zu tun.

Trotzdem ist es richtig, die Frage zu stellen, welcher der auf den Tischen liegenden Vorschläge das Zeug zu einer wirklich sozialökologischen Transformation hat. Ihrem Wesen nach seien alle, schrieb die Umweltökonomin und Humangeografin Tone Smith in „PROKLA“ (Ausgabe März 2021), wirtschaftliche Wachstumsprojekte und nährten somit den Mythos, dass grünes Wachstum möglich

sei. Vielleicht seien die Vorschläge der Bewegung „DiEM25“, 2016 vom ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis gegründet, und „Labour for a Green New Deal“, 2019 in Großbritannien von Mitgliedern der Labour-Partei entwickelt, noch die radikalsten im Rahmen des derzeit Denk- und Machbaren.

Was über die mehr als 500 Jahre andauernde Gegenwart hinausweist, wird diskutiert, aber die Gegenwart und die nahe Zukunft müssen auskommen mit dem, was da ist: Kapitalismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen – von der Diktatur über Autokratie, über Kapitalismus in Kooperation mit Staatssozialismus bis hin zu mal mehr, mal weniger entwickelten bürgerlichen Demokratien, mal mehr, mal weniger Sozialstaat ist alles dabei. Diese Wandelbarkeit und die Fähigkeit, in verschiedenster Gestalt die gleichen Produktionsverhältnisse zu reproduzieren, ließen sich in Hoffnung darauf umschreiben, dass ein grüner, ökologischer Kapitalismus möglich und in der Lage sein kann, das ökologische und soziale Desaster, vor dem wir stehen, zu verhindern. Und zwar so, dass uns nicht nur als „Klimalösung“ verkauft wird, was Probleme einfach in andere Bereiche verlagert. So, dass ein Green New Deal tatsächlich global ist im Sinne einer gerechten Welt – und nicht nur einer gerechteren Nordhalbkugel.

Bisher ist allen vorliegenden Vorschlägen für einen Green New Deal eigen, dass sie nicht an den Grundfesten imperialer Lebensweise rütteln, die Schaden auslagert und Eigennutzen maximiert. Sie weisen dem Nationalstaat eine bedeutsame Rolle zu, verlangen, dass mit der Transformation sofort begonnen wird, und beschreiben eine in vielerlei Hinsicht radikale Wandlung der Ökonomien. Das ist nicht wenig.

Und es eröffnet Möglichkeiten für einen Transformationsprozess, der den Namen verdient. Es käme darauf an, von links und aus den globalen Bewegungen für eine gerechte Welt und einen ökologischen Wandel einen Global Green New Deal zu transformieren: weg von einem Projekt zur Rettung des Kapitalismus, hin zu einem Projekt zur Rettung der Menschheit.

Kathrin Gerlof

Großer Wurf oder alter Wein in neuen Schläuchen?

Alle reden vom Green New Deal, doch wie hoch ist das Transformationspotenzial wirklich? Die Green New Deals gehören zu den wenigen konkreten Vorschlägen dafür, wie die Umstellung zu einer klimafreundlichen Gesellschaft innerhalb einer relativ kurzen Zeit vorantgetrieben werden könnte, ohne dass diese Transformation auf Kosten der Schwächeren in einer Gesellschaft geht.

Auch wenn sie Schwächen und blinde Flecken aufweisen, so ist ihnen doch eines gelungen: eine neue Erzählung zu schaffen, die, jenseits von Katastrophenwarnungen, die Hoffnung auf Handlungsmöglichkeiten aufrechterhält. Eine Erzählung davon, wie eine lebenswerte und gute Zu-

kunft aussehen könnte – und welche Schritte auf dem Weg dorthin möglich und nötig wären. Solche Visionen der Zukunft und die Kraft, die sie entfalten können, sind nötiger denn je. Schon deshalb lohnt es sich, die verschiedenen Vorschläge für Green New Deals genauer zu betrachten, ihre Argumente, ihre Geschichte, die Möglichkeiten, die sie bieten, und die Grenzen, die ihnen eingeschrieben sind. Dies ist das Ziel der Broschüre „Green New Deals“, geschrieben von der Wissenschaftlerin, Journalistin und Autorin Juliane Schumacher.

Publikation online abrufbar und Print-Version bestellbar unter: www.rosalux.eu/green-new-deals



Warten ist keine Option

Juliane Schumacher über eine Klimakrise, die zu schnellen politischen Lösungen und Handlungen, zu einem Global Green New Deal drängt

Mit dem Untertitel deiner Publikation „Green New Deals“ hast du schon die Frage aller Fragen gestellt: Gerechter Klimaschutz oder Update des kapitalistischen Modells? Aber fangen wir mit einer Begriffsbestimmung an. Green New Deal oder Global Green New Deal – sind das unterschiedliche Ansätze?

Es ist wichtig, klar zu definieren, was unter einem Green New Deal verstanden wird, weil derzeit alles Mögliche als Green New Deal bezeichnet wird. Entscheidend ist erstens, dass es einem „echten“ Green New Deal nicht darum geht, nur die Klimakrise zu bekämpfen, sondern darum, gleichzeitig aktiv für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Zweitens ist wichtig, wie umfassend und konkret das Programm ist. Das unterscheidet einen Green New Deal von anderen Konzepten wie „Just Transition“, die keinen klaren Zeitplan haben. Beim GND geht es darum, einen weitreichenden Umbau innerhalb einer bestimmten, begrenzten Zeit umzusetzen – zwölf Jahre war die ursprüngliche Forderung, angelehnt an den letzten Bericht des

Weltklimarates IPCC. Um das zu erreichen, braucht ein solches Programm einen entsprechenden Umfang.

Viele gehen sehr pragmatisch vor – 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr sind so ein Vorschlag. Das wird häufig als ein Umfang angesehen, der tatsächlich etwas verändern würde. Alle Vorschläge bisher beziehen sich stark auf einen nationalen Rahmen – die 5 Prozent auch. Das ist ein Kernpunkt der GND-Vorschläge, dass sie eine Stärkung des Staates fordern. Das unterscheidet sie von vielen linken Klimabewegungen der vergangenen Jahrzehnte, die sich häufig vom Staat abgegrenzt und Lösungen jenseits des Staates gesucht haben. Die Bewegungen für den Green New Deal bedeuten da eine Wende: Der Staat soll genutzt werden, als Verteilungsinstrument und Gestalter.

Auf diese Ambivalenz, nationalstaatliches Handeln einzufordern, werden wir noch eingehen. Aber noch



Foto: privat

Juliane Schumacher ist Wissenschaftlerin und Journalistin mit den Schwerpunkten Umwelt, Klimawandel und soziale Bewegungen in Nordafrika. Das Gespräch führte **Kathrin Gerlof**.

mal zu diesen 5 Prozent – klingt nach einer magischen Zahl, kommt mir aber eigentlich wenig vor. Ist das durchgerechnet?

Die ganze GND-Idee orientiert sich am New Deal, einem Reformprogramm von US-Präsident Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren. Daher stammt auch die Zahl. Der New Deal lief faktisch sieben Jahre, dann traten die USA in den Zweiten Weltkrieg ein. Die Ausgaben für die Programme entsprachen rund 20 Prozent des BIP von 1929, im Durchschnitt 6 Prozent pro Jahr. Umgerechnet auf heute wären diese 5 Prozent in den USA eine Milliarde US-Dollar – etwa die Größe des US-Haushaltes. Ein Green New Deal würde also eine Verdoppelung des Haushalts bedeuten. In Deutschland sind die 5 Prozent ungefähr 170 Milliarden Euro, halb so viel wie der derzeitige Bundeshaushalt. Bei der EU sieht es noch mal ganz anders aus, weil der EU-Haushalt verglichen mit dem BIP der Eurozone bisher winzig ist und die EU in vielerlei Hinsicht gar nicht die Kompetenzen hat, um einen wirklichen Green New Deal durchzuführen. Für einen solchen müsste die ganze EU-Politik neu strukturiert werden. Eine Zahl allein sagt aber nicht viel aus. Viel entscheidender ist die Frage: Wo kommt das Geld her und was wird damit gemacht? In der Finanzkrise haben Deutschland oder auch die USA viel mehr ausgegeben. Aber das Geld wurde nicht investiert, nicht für einen ökologischen Umbau genutzt oder dafür, die Infrastruktur zu modernisieren. Stattdessen wurden damit Schulden übernommen oder abgeschrieben, Banken gerettet etc.. Dasselbe gilt für die Corona-

Pakete: Die Milliarden, die da ausgegeben werden, sind keine Investitionen. Sie ersetzen nur einen Teil der Umsätze, die durch die Pandemie weggebrochen sind.

Wenn ich diese 5 Prozent nehme, und 95 Prozent werden für klimaschädliches, unsoziales Wirtschaften ausgegeben, dann löst sich das ja schon negativ auf. Gehen wir mal zum Anfang der Idee eines Green New Deal. Den datiere ich auf 2007.

2007 wurde der Begriff zunächst lose in Bezug auf erneuerbare Energien genutzt. Der erste Vorschlag für einen Green New Deal im Sinne eines umfassenden staatlichen Programms wurde 2008 in Großbritannien veröffentlicht. Dieser war zunächst als Reaktion auf die Finanzkrise gedacht. In der Situation lag es nahe, zu schauen, wie Staaten auf frühere Finanzkrisen reagiert haben, und Roosevelts New Deal gilt, auch wenn er durchaus problematische Aspekte hatte, bis heute als erfolgreiches Projekt. Ab 2018 gab es dann eine zweite Welle von Vorschlägen, als die Idee in den USA zunächst von Klima-Aktivist*innen und dann von politischen Akteuren aufgegriffen wurde und in den Wahlkampf 2019 einfluss.

Interessant ist, dass die großen Klimabewegungen in Deutschland/Europa, Fridays for Future oder Extinction Rebellion, genau dieser staatlichen Ebene die Handlungsfähigkeit und -willigkeit absprechen. Die sagen: Ihr hättet was machen können, aber ihr habt es versaut. Diese Bewegungen rufen eher eine weltpoli-

Viele Green New Deals

Ein Green New Deal beschreibt den Rahmen für einen zeitlich begrenzten, umfassenden Maßnahmenkatalog, der sowohl die soziale als auch die Klimakrise eindämmen soll. Welcher Zeitrahmen vorschwebt, wie radikal Veränderungen sein müssten und vor allem, welche Maßnahmen getroffen werden sollen, variiert zwischen den Konzepten, die in den letzten Jahren weltweit veröffentlicht wurden. Hier werden zentrale Momente und einzelne Konzepte näher beleuchtet.

Dekarbonisierung

Die Transformation zu einer kohlenstoffneutralen Gesellschaft ist zentrales Moment der meisten GND-Konzepte. Der Zeitpunkt, zu dem die „Netto-Null“ erreicht werden soll, wird von Bernie Sanders in seinem Wahlprogramm mit 2030 für zu 100 Prozent erneuerbare Energien in Transport und Elektrizität und 2050 für den ausgeglichenen Kohlenstoffhaushalt angegeben. Der von DiEM25 initiierte Vorstoß (Green New Deal for Europe/GNDE) ist ehrgeiziger, bis 2025 soll die EU eine Netto-Null aufweisen.

Die Energieversorgung stellen viele GNDs an die vorderste Stelle, um eine kohlenstoffneutrale Gesellschaft zu erreichen. Sanders plante, ein Netz öffentlicher Energieerzeuger zu schaffen und lokale Energieversorgungsunternehmen aufzubauen. Auch der Verkehr ist im Fokus des GND. Allein der GNDE will langfristig Autos, die mit fossilem Brennstoff betrieben werden, von der Straße verbannen. Alle anderen Konzepte beschränken sich weitestgehend auf den Ausbau des öffentlichen (Nah-)Verkehrs.

Eine CO₂-Steuer wird von Akteur*innen in den USA und dem Globalen Süden abgelehnt, da diese die soziale Ungleichheit befördere. Auch die Ausweitung des Emissionshandels gilt als wirkungslos. Der Vorstoß der Green New Deal Group von 2008 in Großbritannien will die Verursacher*innen der Krise an den Kosten beteiligen und schlägt

deshalb eine Besteuerung fossiler Brennstoffe vor. Der GNDE will den Emissionshandel durch ein Fee-and-dividend-System ersetzen.

Infrastruktur

Mit Milliarden soll der Staat über ein massives Investitionsprojekt in die Infrastruktur für eine klimafreundliche Wirtschaft und Gesellschaft investieren, so ein Großteil der GND-Konzepte.

Die Dämmung und Sanierung an öffentlichen und privaten Gebäuden wird in diesem Kontext in den meisten GNDs genannt, um den Energieverbrauch zu reduzieren, ohne die Wohnkosten zu erhöhen. Eine klimaresistente Infrastruktur und der Schutz vor Naturkatastrophen werden hier vor allem in den US-amerikanischen Konzepten benannt.

Arbeit und Arbeitsplätze

Mehr, bessere und grünere Arbeitsplätze – diese Forderung findet sich in zahlreichen GNDs. Gut bezahlte Arbeit, vorrangig für sozial benachteiligte Gruppen, soll zur Umverteilung beitragen. Ein Recht auf Arbeit beziehungsweise eine Jobgarantie findet sich in den meisten GND-Konzepten. Dies soll über Arbeitsagenturen erfolgen. Außerdem soll ein höherer Mindestlohn angestrebt, sollen Arbeitsplätze für die nötige Transformation geschaffen und koordiniert werden. Die Green New Deal Group in Großbritannien schlug die Schaffung einer „carbon army“ vor, einer Kohlenstoffdioxid-Armee von Arbeitskräften, die das ökologische Aufbauprogramm umsetzen. Der GNDE fordert die Schaffung einer europäischen Arbeitsagentur, die auch das Investitionsprogramm koordinieren soll.

Von dem Bewusstsein, dass gut bezahlte Jobs auch nach Abbau der fossilen Energie wichtig und notwendig sind und nicht durch schlecht bezahlte, prekäre Arbeitsverhältnisse ersetzt werden dürfen, ist auch im Vorschlag der Europäischen Kommission zu lesen. Bis zu 100 Mil-

tische und bewegungspolitische Ebene an und fordern eine Stärkung der internationalen Organisationen. Wie gehen Linke mit diesem Widerspruch um?

Verschiedene Teile der Klimabewegung richten sich an unterschiedliche politische Ebenen. Viele der jungen Klima-Aktivist*innen beginnen gerade erst, sich mit politischen Zusammenhängen zu beschäftigen. Dazu kommt eine gewisse Ratlosigkeit – ich habe das bei den Scientists for Future erlebt. Da kommen junge Menschen und wollen wissen: Was sollen wir denn jetzt fordern? Bei den Scientists for Future sind sehr engagierte Leute dabei, aber die meisten sind Naturwissenschaftler*innen, einige Ökonom*innen. Die Vorschläge beschränken sich dann oft auf ein sehr mainstreamiges Programm, auf die Forderung nach einem CO₂-Preis oder einer Steuer. Einfach weil es an Ideen fehlt, was sonst noch alles möglich wäre.

Die internationale Klimagerechtigkeitsbewegung, die sich aus vielen Graswurzelbewegungen weltweit zusammensetzt, ist tatsächlich sehr stark auf den UN-Prozess fixiert. Das ist natürlich gegenwärtig auch die einzige Möglichkeit, internationale Übereinkünfte zu treffen, und für die Bewegung eine Möglichkeit, sich zu treffen und mit ihren Forderungen gehört zu werden.

Die US-amerikanischen Bewegungen hingegen, aus denen die aktuellen GND-Vorschläge kommen, orientieren sich stark am nationalen Rahmen. Aber dennoch ist das, was dort passiert, für die Klimabewegung weltweit wichtig. Schon allein, weil die USA eine sehr dominante Rolle in der internatio-

nen Politik spielen und als zweitgrößter Emittent ein großes Gewicht haben. Hätte Sanders gewonnen und sein Klimaprogramm gebracht, hätte das einiges in Bewegung gesetzt. Und auch was Biden derzeit macht, hat Auswirkungen über die USA hinaus. Viele Staaten und auch viele Bewegungen orientieren sich an dem, was in den USA passiert.

Zu globalen Green New Deals gibt es kaum Vorschläge, oder?

Das stimmt. Globale Klimagerechtigkeit spielt in der Debatte in den USA quasi keine Rolle. Es gibt einzelne Akteure und auch Stimmen aus dem Globalen Süden, die das kritisieren, und inzwischen wurde da auch vereinzelt drauf reagiert. Viele Vorschläge versprechen etwa höhere Zahlungen an den Green Climate Fund, der Anpassungsmaßnahmen in ärmeren Ländern unterstützen soll. Und es gab und gibt auch Vorschläge für globale Green New Deals oder allgemeinere Forderungen aus Bewegungen, wie den Feminist Green New Deal. Aber die meisten davon sind eher vage. Sie fordern ein ganz anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, was richtig ist. Aber im Gegensatz zu den nationalen Green New Deals handelt es sich nicht um konkret ausgearbeitete Programme.

Auch in Europa gibt es ja einen Vorschlag für einen Green Deal.

Ja, das Projekt, das Ursula von der Leyen, die Kommissionspräsidentin, 2019 angekündigt hat. Sie hat da viel politisches Gespür bewiesen. Zu

liarden Euro Fördergelder sollen die Regionen erhalten, die vom Ausstieg aus fossilen Energien betroffen sind.

Die meisten GNDs gehen weiterhin von einem klassischen Lohnarbeitsmodell aus, obwohl dies einen Großteil der aktuell herrschenden Beschäftigungsverhältnisse ignoriert und keine Umverteilung anstrebt. Die Reduzierung der Arbeitszeit auf vier Tage und ein Care-Einkommen fordert der GNDE. Der „Klimaplan von unten“ und der „Pacto Ecosocial del Sur“ aus Lateinamerika fordern ein bedingungsloses Grundeinkommen. Wie Digitalisierung, steigender Produktivität und der Verlagerung von Arbeitsplätzen begegnet werden soll und ob es nicht anderer Formen der Arbeit und sozialen Teilhabe bedarf, kommt hingegen in den wenigsten Vorstößen vor.

Finanz- und Wirtschaftssystem

Die ersten GND-Konzepte aus Großbritannien wurden unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise von 2008 entwickelt. Sie fordern stärkere Kapitalkontrollen, die Zerschlagung großer Banken, mehr Transparenz im Bankensektor, die Trockenlegung von Steueroasen und vieles mehr. Sie zielen so auf die langfristige Veränderung des internationalen Finanzwesens ab. Dies stellt jedoch die Ausnahme dar. Meist reduzieren sich die GND-Vorschläge darauf, dass keine Investments in fossile Brennstoffe mehr getätigt werden sollten. Der GNDE fordert Strafzahlungen für Unternehmen, die in fossile Energien investieren, und den Umbau der Europäischen Investitionsbank hin zu Umwelt- und Klimaschutz. Auch die EU-Kommission möchte die Europäische Investitionsbank zu einer Klimabank transformieren.

Gesundheit und Bildung

Die Krankenversorgung für alle sowie eine staatliche Kinderversorgung und die kostenlose Hochschulbildung werden in vielen US-amerikanischen GND-Konzepten gefordert, bei den europäischen Vorschlä-

gen vermisst man dies zumeist. Bernie Sanders, der GNDE und die EU-Kommission sehen alle Milliarden-Investitionen in die Forschung zur ökologischen Transformation vor. Progressive Formen des GND wie die von Sanders, oder mit Einschränkungen der GNDE, wollen im Care-Bereich Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen, da diese Zukunft haben und klima- und umweltfreundlich sind. Außerdem können sie ein gutes Leben für alle ermöglichen, dazu muss es jedoch Ziel der GNDs sein, diese Jobs besser zu vergüten.

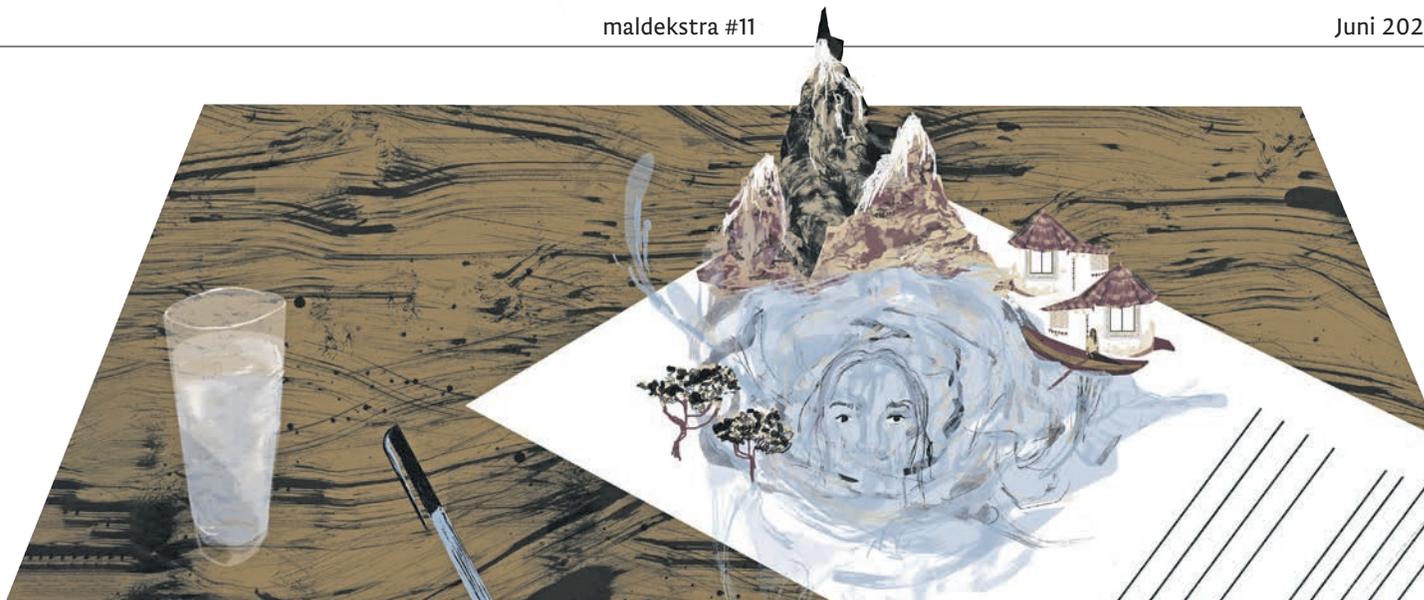
Umverteilung und Gerechtigkeit

Zentrales Anliegen der GND-Konzepte ist es, durch politische Maßnahmen mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu erwirken. Besonders benachteiligte Gruppen und solche, die vom Klimawandel und von der Transformation hin zu einer kohlenstoffärmeren Zukunft besonders betroffen sind, stehen hier im Mittelpunkt. Umverteilung und Gerechtigkeit sollen erreicht werden durch: die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Vergabe an benachteiligte Gruppen, das Angebot von (kostenlosen) staatlichen Leistungen (günstiger Wohnraum, medizinische Versorgung, Transport) und die Anhebung von Steuern und Abgaben, die die Konzentration von Vermögen verlangsamen.

Demokratie

Maßnahmen, die die demokratische Ordnung verändern, sind vor allem in europäischen GND-Konzepten zu finden. Der GNDE fordert eine Reform der EU hin zu einem föderalen System mit subsidiären und basisdemokratischen Elementen. Hierbei sollte der GND auf lokalen Ebenen mit hoher Mitbestimmung umgesetzt werden, während die Förderung auf europäischer Ebene verbleibt. US-amerikanische GND-Vorschläge fordern gegensätzlich den starken Staat, der zentralistisch die Transformation voranbringt.

Anne Schindler



der Zeit protestierten weltweit Schüler*innen für mehr Klimaschutz, in den USA forderten Bewegungen einen Green New Deal, und in Europa liefen Vorbereitungen für die Forderung nach einem Green New Deal for Europe, vor allem aus der DiEM25-Bewegung. Aber von der Leyen war schneller – sie hat den Begriff einfach für ihr eigenes Projekt verwendet und damit besetzt. Dabei hat ihr Green Deal mit einem echten Green New Deal kaum etwas gemein und setzt eher die neoliberale Klimapolitik der EU fort. Und seit Corona ist nicht einmal mehr sicher, was davon überhaupt umgesetzt wird.

Du beschreibst die unterschiedlichsten Ansätze. Siehst du da mehr Trennendes oder mehr Einigendes?

Es gibt einen Grundkonsens – den Green Deal der EU mal ausgenommen, der wie gesagt eigentlich kein Green New Deal ist. Es besteht zunächst Einigkeit darüber, dass die Klimakrise mit der sozialen Krise zusammen betrachtet und gelöst werden muss. Was die Mittel angeht, die Finanzierung und die konkrete Umsetzung, da unterscheiden sich die Vorschläge. Zweitens ist Konsens, dass keine Zeit mehr ist für einen langsamen und langfristigen Bündnisaufbau. Es soll sofort etwas passieren. Drittens ist ein Kennzeichen der Green New Deals diese Hinwendung zum Nationalstaat. Die Green New Deals gehen davon aus, dass es ohne den Staat nicht geht. Er soll als Instrument von Umverteilung dienen und die Grundlagen für die notwendigen Maßnahmen schaffen.

Fast alle Vorschläge halten sich sehr zurück damit, zu sagen: Was wir wollen und uns erhoffen und fordern, geht nicht im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems Kapitalismus. Weil es dann in eine Zukunft verlagert werden würde, die noch gar nicht definiert, beschrieben sein kann? Aus ganz pragmatischen Gründen, weil JETZT was passieren muss? Und weil wir gerade nur diesen Kapitalismus zur Verfügung haben?

Ja, es ist ein extrem pragmatischer Ansatz. Ich habe kürzlich Naomi Klein gehört, und sie sagte genau das: wie überrascht sie davon sei, dass die jungen Leute, die in den Klimacamps, auf den Straßen kämpfen, so undogmatisch seien. Als klar war, dass Sanders nicht Präsidentschaftskandidat werden würde, waren kurz alle sehr enttäuscht, aber dann haben die jungen Aktivist*innen gesagt: Gut, dann

kämpfen wir dafür, dass Biden möglichst viel von unseren Forderungen aufnimmt. Das wäre, meinte Naomi Klein, als sie jünger war, so nicht denkbar gewesen. Das beobachte ich auch, dass ideologische Grabenkämpfe in den Hintergrund treten. Natürlich verstehen sich viele von denen, die kämpfen, als antikapitalistisch und äußern das auch deutlich. Aber sie sagen eben auch: Wir müssen trotzdem mit dem arbeiten, was da ist.

Wir reden beim GND auch davon, dass jener Teil der Welt, der für den größten Teil der Klimakrise verantwortlich ist, in der Verantwortung steht, Maßnahmen zu ergreifen. Aber die Maßnahmen werden häufig auf eine Art umgesetzt, dass dann wieder die dafür bezahlen, die nicht für die Klimakatastrophe verantwortlich sind. Wir reden über Neokolonialismus, postkoloniale Strukturen. Aber ausreichend erscheint mir die Debatte nicht.

Das ist die große Schwäche der Green New Deals. Es gab genau diese Kritik: Der Green New Deal setzt das extraktivistische Modell fort, nur jetzt eben „in Grün“. Statt Öl wird jetzt im Globalen Süden Lithium für Batterien gefördert. Es gibt da auch noch keinen wirklichen Vorschlag, wie damit umgegangen werden kann. Die Vorschläge beziehen sich entweder auf Gerechtigkeit innerhalb des Nationalstaates oder auf die internationale Politik als Politik zwischen Staaten. Was überholt ist, weil ja auch die Unterschiede innerhalb der Nationalstaaten so groß sind. Wenn Indien oder Brasilien bei den Verhandlungen sitzen, muss man fragen: Wen vertreten diese Regierungen? Und wenn als Lösung vorgeschlagen wird, die USA sollen mehr an den Green Climate Fund der UNFCCC zahlen, dann muss man sehen: Dieser wird von der Weltbank verwaltet, und antragsberechtigt für Projekte ist unter anderem die Deutsche Bank – das ist genau die Struktur, die mit ihrer Politik seit Jahrzehnten weltweit immense Schäden angerichtet hat.

Wir hören gerade jetzt die nicht überraschende Information, dass Europa an zweiter Stelle steht, als Verursacher zunehmender Regenwald-Abholzungen für Sojaproduktion. Da ließe sich doch sehr konkret mit Forderungen unterlegen, was sich zwingend und schnell ändern muss.

Das Interessante sind immer die Punkte, über die nicht geredet wird. Wenn wir von der Leyens



Vorschlag nehmen: Da spielt Mobilität eine große Rolle, teilweise auch die Produktion, aber über Landwirtschaft wird kaum gesprochen. Was gerade auf EU-Ebene fatal ist, denn das ist ja eines der wenigen Felder, wo die EU tatsächlich Kompetenzen hat. Auch bei Biden spielt Landwirtschaft keine Rolle. Bei den Vorschlägen aus dem Globalen Süden ist Landwirtschaft ein zentraler Punkt. Weil viele Menschen in dem Bereich arbeiten und weil unsere Art, Landwirtschaft zu betreiben, auch die dortige Landwirtschaft zerstört und Ernährungssouveränität verhindert.

Es würde oft schon helfen, etwas nicht zu tun.
Genau. Etwa es zu unterlassen, Landwirtschaft so zu subventionieren, wie es gegenwärtig gemacht wird. Es würde helfen, wie es Sanders vorgeschlagen hat, Geld vom Militär abzuziehen. Und es wäre ein Fortschritt, wenn internationale Institutionen wie Weltbank oder IWF es unterlassen würden, andere Staaten zu einem neoliberalen Strukturwandel zu zwingen. Da sollten die Forderungen stärker ansetzen: zu sagen, man nimmt erst mal den Druck weg vom Globalen Süden, durch einen Schuldenerlass, durch Reformen der Handelsbeziehungen.

Du schreibst, Maßnahmen, die auf individuelle Verhaltensänderungen – im Konsum beispielsweise – zielen, verschärfen soziale Ungleichheiten eher, weil sich dann die Frage stelle, wer sich überhaupt Klimaschutz leisten könne. Ein Dilemma, denn zugleich ist es psychologisch doch wichtig, auch das Gefühl zu haben, selbst etwas tun zu können.
Aus klimapolitischer Sicht ist es problematisch, auf individuelles Verhalten abzielen. Zum einen, weil sich das ein Großteil der Menschen nicht leisten kann. Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Klimakrise individuell eingefordert werden, verschärfen häufig soziale Ungleichheit, zum Beispiel mit der Forderung nach Verbrauchssteuern oder einer höheren CO₂-Bepreisung. Das trifft die Armen proportional mehr, weil sie normalerweise ihr gesamtes monatliches Budget verbrauchen, bei Reichen ist das nicht der Fall. Das ist auch bündnisstrategisch wichtig, denn solche Forderungen verhindern bestimmte Bündnisse – wenn mich die Maßnahmen selbst so hart treffen, dass ich dann nicht mehr über die Runden komme, kann ich schlecht dafür kämpfen, dass sie umgesetzt werden. Zum anderen ist es auch klimapolitisch kontra-

produktiv, weil die Emissionen direkt vom Einkommen abhängen – Maßnahmen müssen also auf die Gutverdienenden zielen, nicht auf die Armen. Der CO₂-Abdruck einer ALG-II-Empfängerin ist so niedrig, der muss nicht gesenkt werden. Was aber durchaus in vielen Green-New-Deal-Ansätzen anklingt, ist so eine Sehnsucht weg vom Materiellem, hin zu mehr Gemeinschaft. Da gab es in letzter Zeit spannende Beiträge. Was sind klimaresistente, klimafreundliche Jobs? Zum Beispiel Jobs in der Care-Arbeit – gut bezahlt. Pflege, Erziehung statt Produktion. Es gibt auch Ansätze, den Begriff der Care-Arbeit auszuweiten, etwa auf die Pflege von Ökosystemen. All das muss noch ausbuchstabiert werden. Aber da könnten Ansätze für die Zukunft liegen. Wenn die Altenpflegerin genauso viel verdient wie eine Verwaltungsangestellte oder ein*e Arbeiter*in in der Metallindustrie – dann eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten.

Große Frage zum Schluss: Es scheint unmöglich, einen Green New Deal zu denken, ohne die Eigentumsfrage zu diskutieren. Trotz des pragmatischen Ansatzes.
Es gibt auch in diese Richtungen Forderungen, in unterschiedlicher Radikalität. Zum Beispiel, die Energie-Infrastruktur zu verstaatlichen, oder auch das Verkehrswesen, wie es die Labour-Partei 2019 in ihrem Green-New-Deal-Beschluss vorgesehen hat. Forderungen, Genossenschaften aufzubauen, oder nach Landreformen. Häufig wird allerdings eher eine stärkere Kontrolle gefordert, mehr staatliches Eingreifen: Monopole zerschlagen, Banken stärker kontrollieren. Und eine andere Steuerpolitik einführen: Das Steuersystem soll progressiver werden, Sanders hat auch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer vorgesehen. Eigentlich sind das keine radikalen Forderungen – schließlich gab es die bis in die 1990er Jahre fast überall. Und die USA hatten nach dem Zweiten Weltkrieg einen Spitzensteuersatz von über 90 Prozent. Ob all diese Modelle aus der Vergangenheit auch für die Zukunft ausreichen – das ist eine Frage, die in den Green New Deals noch diskutiert werden muss. Aber nach Jahrzehnten der neoliberalen Politik ist es manchmal schon radikal, daran zu erinnern, was es schon mal gab – und damit deutlich zu machen, was es auch wieder geben kann. Auch das öffnet Räume für künftige Politik und für das Entstehen von neuen Ideen.

Mann auf dem Mond oder Griff nach den Sternen?

Der europäische Green New Deal bleibt bislang ein vages Konstrukt. Von Nessim Achouche

Seit mehr als einem Jahr ist der Begriff „Grüner Deal“ oder „Green Deal“ in den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel in aller Munde, aber er bleibt – wie so oft – für eine große Mehrheit der europäischen Bürger*innen noch unbekannt oder sehr vage.

In einer Zeit, in der die Klimabewegungen, die stark von der europäischen Jugend vorangetrieben wurden, die Rufe nach Maßnahmen zu Klimaschutz und Systemwandel verstärkt haben, erscheint der Grüne Deal wie ein Schlüsselmoment in der europäischen Geschichte. Es sei „Europas ‚Mann auf dem Mond‘-Moment“, erklärte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Vorstellung des Projekts vor europäischen Parlamentarier*innen.

Bei näherer Betrachtung greift der Grüne Deal, der von lobenswerten Zielen für den Klimaschutz getragen wird, die bestehenden Instrumente und finanzwirtschaftlichen Regelungen auf, ohne einen wirklichen Umbau des europäischen Produktionssystems vorzuschlagen.

Nach den Worten der Kommission und ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen ist der Grüne Deal eine Chance, die Europäische Union in die Pole-Position der Energiewende zu bringen, ihr gleichzeitig aber auch eine technologische und diplomatische Führungsrolle zuzusprechen.

Im Mittelpunkt steht der Klimaschutz, umgesetzt durch das „Klimagesetz“ und den Vorschlag der Europäischen Kommission, eine EU-weite Reduktion der Treibhausgase gegenüber 1990 festzuschreiben. Eine endgültige Entscheidung für eine Reduktion von 55 Prozent bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050 wurde vom Europäischen Rat ratifiziert, während das Europäische Parlament für eine 60-prozentige Reduktion der Treibhausgase bis 2030 gestimmt hatte.

Obwohl diese Ziele von einem gewissen Ehrgeiz bei den Klimawerten und dem Wunsch der Kommission zeugen, sich auf der internationalen Bühne als Vorreiter zu positionieren, sind sie immer noch unzureichend und weit davon entfernt, mit den Zielen des Pariser Abkommens Schritt zu halten, das auf der COP 21 im Jahr 2015 unterzeichnet wurde. Das auf der COP unterzeichnete Dokument weist der Europäischen Union eine Kohlenstoffreduktion von mindestens 65 Prozent zu. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass die Länder der Europäischen Union als Ganzes historisch gesehen seit Mitte des 18. Jahrhunderts 22 Prozent der gesamten globalen Emissionen verursacht haben.

Aber um die Struktur des Grünen Deals besser zu verstehen, muss man einen Blick auf dessen finanzpolitische Grundlage werfen. Während die Kommission einen Investitionsplan von 1.000 Milliarden Euro über zehn Jahre angekündigt hat, um den Grünen Deal zu finanzieren – was 100 Milliarden Euro pro Jahr entspricht –, teilt sie gleichzeitig mit, dass 260 Milliarden Euro pro Jahr benötigt würden, um die Ziele der Dekarbonisierung der Wirtschaft der Europäischen Union zu erreichen. Diese Gelder sind schlicht nicht vorhanden.

Schaut man sich nun die Details der Finanzierung an, überzeugt das Finanzpaket noch weniger. Der Finanzierungsplan basiert auf einer altmodischen Methode der Europäischen Union: der Freigabe von öffentlichen Mitteln, um private Investitionen zu sichern und zu fördern. Eine Vorgehensweise, die bereits unter der vorherigen Leitung der Kommission nach der Krise 2008 unter dem Namen „Juncker-Plan“ erprobt wurde. Während die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Garantien der EU-Mitgliedstaaten für niedrigste Zinsen sorgen, wird zugleich alles getan, um dieses Geld privaten Anleger*innen zugänglich zu machen. Und zwar ohne den Rahmen einer föderalen öffentlichen Politik, wie einer formalen Energie-Union, zu erweitern und zu vertiefen. Eine Methode, die darauf hinausläuft, die Risiken, die mit Investitionen in einer Union einhergehen, in der zwischenstaatlicher Wettbewerb Realität ist, zu sozialisieren und damit die möglichen Gewinne in den Händen des Privatsektors zu lassen.

So erscheint zum Beispiel der Plan der „Just Transition“, Zentrum des Green Deal, der die menschlichen Kosten der Energiewende begrenzen soll, im Vergleich zu der anstehenden Aufgabe sehr dürftig. Das Versprechen, dass Regionen und Arbeiter*innen, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind, entschädigt und für eine Beschäftigung in den neuen Sektoren der erneuerbaren Energien oder der grünen Industrie ausgebildet werden, soll mit einem 100-Milliarden-Euro-Plan unterstützt werden. In Wirklichkeit ist aber nur die Freigabe von 7,5 Milliarden Euro an europäischem Eigenkapital gegeben. Und wenn diese Fonds in erster Linie für die deutschen, polnischen und ungarischen Kohleregionen bestimmt sind, stellen sie kein echtes System für den Kapitaltransfer zwischen den Regionen dar. Gerade der ist aber besonders wichtig, um eine echte politische und öffentliche Unterstützung für dieses Projekt zu gewinnen.

Darüber hinaus erlauben es die fehlenden Garantien bei der Verteilung der Mittel und das Fehlen eines echten Plans für die Reindustrialisierung der betroffenen Regionen nicht, eine produktive Neuausrichtung der Europäischen Union und neue Wertschöpfungsketten in einem dreigeteilten Europa – zwischen dem Norden, dem Süden und dem Osten – ins Auge zu fassen. Die lange Phase der wirtschaftlichen Rezession, die sich bereits ankündigt, birgt erst recht das Risiko, diese Ungleichheiten zu vergrößern und die Krisen und institutionellen Blockaden zu verstärken.

Das Programm des Grünen Deals der Europäischen Kommission schlägt Änderungen in mehreren wirtschaftlichen Schlüsselsektoren vor. Die wichtigsten Sektoren sind Energie, Umwelt, Mobilität und Verkehr, Regionalpolitik und kohlenstoffarme Wirtschaft, nachhaltige Finanzwirtschaft und Industriepolitik.

Die Liste der Programme innerhalb der verschiedenen Sektoren ist vielversprechend.

An erster Stelle steht die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ zur Reformierung eines Lebensmittelproduktionssystems, das – laut Europäischer Kommission – für mehr als zehn Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich ist. Eine weitere Schlüsselstrategie des Grünen Deals ist die Kreislaufwirtschaft, die Teil der neuen Industriestrategie der EU ist.

Und auch wenn diese Pläne auf dem Papier ehrgeizig erscheinen mögen, stellen die neoliberalen Mechanismen, wie der Stabilitätspakt und das Fehlen einer harmonisierten Steuerpolitik innerhalb der EU, ein Hindernis für jeden Paradigmenwechsel im europäischen System dar.

Die besten Beweise für die Ungereimtheiten und Widersprüche, die die eigenen Ambitionen der Europäischen Kommission in Frage stellen, sind in den großen Projekten innerhalb der Europäischen Union selbst zu finden. Der jüngste, aber vielleicht auch eklatanteste Beweis ist dabei die Verabschiedung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Jahre 2021 bis 2027.

Die vom Europäischen Parlament verabschiedete Vorlage, die auf einem Vorschlag der Kommission basiert, folgt im Großen und Ganzen dem Modell der vorherigen GAP, indem sie einen sehr großen Anteil des zweitgrößten europäischen Budgets an die Agrarindustrie und die industrielle Viehzucht vergibt. Es ist daher schwer vorstellbar, wie die 25 Prozent ökologisch bewirtschafteter



Agrarflächen gehalten werden können, und noch weniger, wie neue, regionale und ökologische Anbaumethoden geschaffen werden können, die Aspekte der Biodiversität berücksichtigen, ein weiteres zentrales Anliegen des Grünen Deals.

Ein anderer Bereich der Widersprüche und Grenzen des vom Grünen Deal vorgeschlagenen Programms sind die EU-Außenbeziehungen. In den letzten Jahrzehnten haben sich Freihandelsabkommen auf bilateraler Ebene stark entwickelt, wie kürzlich mit Vietnam.

Das vorgeschlagene Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur ist das aktuellste Beispiel für die Unvereinbarkeit einer solchen Handelspolitik mit den klima- und sozialpolitischen Ambitionen eines Programms wie des Grünen Deals – zumal diese Ambitionen angesichts der Krise ohnehin schon unzureichend sind. Die massive Einfuhr von Rindfleisch und die Ausbreitung von Monokulturen, die die Waldrodung begünstigen, sind völlig unvereinbar mit den Forderungen des europäischen Grünen Deals und erst recht mit dem Ziel, die wichtigsten Politikfelder auf das Ziel der Kli-

maneutralität im Jahr 2050 auszurichten. Die Problematik beim Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur veranschaulicht nicht nur die Vorherrschaft von Profitinteressen, sondern deckt auch den eklatanten Mangel an globalem Denken auf, auf das der Grüne Deal sich stützt.

Der Plan, CO₂-Emissionen und Umweltzerstörung outzusourcen, kommt bei diesem Projekt deutlich zum Vorschein. Die Vormachtstellung, die den privaten Elektroautos in der Verkehrspolitik des Grünen Deals zugesprochen wird, bringt als direkte Folge den Abbau von seltenen Metallen und Lithium für Batterien in den Fördergebieten von Lateinamerika, Afrika oder Asien mit sich. In Verbindung mit der starken Kürzung der für Außenpolitik und die Zusammenarbeit vorgesehenen Mittel im neuen Entwurf des europäischen Haushaltsplans 2021 bis 2027 kann man zu Recht besorgt sein über den von der Europäischen Union eingeschlagenen Kurs.

Hinter dem Plan, die CO₂-Emissionen innerhalb der Europäischen Union zu reduzieren, verbirgt sich ein territorial orientierter öko-

logischer und sozialer Ansatz, der weder mit der globalen Erwärmung des Planeten noch mit der Pflicht zu Solidarität und Zusammenarbeit vereinbar ist. Solidarität muss aber gerade mit den Ländern des Globalen Südens bestehen, denen gegenüber Europa eine tiefe historische Schuld trägt. Der Wunsch, den europäischen Kontinent im Jahr 2050 als ersten CO₂-neutralen Kontinent zu präsentieren, darf kein Trojanisches Pferd für die großen Konzerne und Finanzmächte der Region sein. Er darf auch nicht auf Kosten der schwächsten Bevölkerung erfolgen oder durch Raubbau und erhöhten Druck auf den Rest des Planeten erreicht werden.

Sich mit dem Grünen Deal in seiner jetzigen Form zufriedenzugeben hieße aber, genau diese beiden Richtungen einzuschlagen und den Wandel zu ignorieren, der durch die Krisen zwingend notwendig geworden ist und der von einem wachsenden Teil der europäischen Länder gefordert wird.

Nessim Achouche ist Projektmanager der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel.

Bleiben und Gehen

Migrationsfragen brauchen klimagerechte Antworten.

Von María Faciolince und Daniel Macmillen Voskoboynik

Unter der Gewalt des Klimawandels entstehen zerstörte Landschaften und Szenarien der Vertreibung. Von anschwellenden Ozeanen gekappte Küsten, versalzenes und durch extreme Hitze ausgedörrtes Ackerland und von Zyklonen heimgesuchte Küstenorte – all das sind angestammte Lebensräume, die durch extreme Temperaturen unbewohnbar gemacht wurden. Allein in Ostafrika mussten zwischen Dschibuti und Mosambik Millionen Menschen ihre Heimat verlassen, vertrieben von sintflutartigen Regenfällen, Dürren und Zyklonen. Im Pazifik bedroht der ansteigende Meeresspiegel insbesondere die tief liegenden Inselstaaten. Auf Tuvalu und Kiribati würden Menschen aus zwei Dritteln aller Haushalte auf solche Umweltkatastrophen mit Auswanderung reagieren.* Auch in Zentralasien tragen Umweltveränderungen als maßgeblicher Grund zur Migration von Millionen bei. Allein 2017 wurden weltweit 68,5 Millionen Menschen vertrieben – ein Drittel davon durch extreme Wetterbedingungen. In den nächsten drei Jahrzehnten könnte die Zahl der vor dem Klimawandel Flüchtenden auf bis zu eine Milliarde steigen, sagen unterschiedliche Institutionen von der Weltbank bis hin zu den Vereinten Nationen voraus. Doch selbst diese Zahl dürfte zu niedrig sein, wenn die komplexen Verknüpfungen zwischen Klimafaktoren und anderen Migrationsursachen berücksichtigt werden. Denn neben den unmittelbaren Unwetterkatastrophen, die Menschen in die Flucht schlagen, trägt die schleichende Gewalt des Klimawandels auch zur Verstärkung anderer Verwerfungen bei, die Migration verursachen. Angesichts dieser eskalierenden Situation schlagen wir als faire Reaktion einen Ansatz vor, der auf den ersten Blick paradox wirken mag: das Recht, zu bleiben, und das Recht, zu gehen.

Im Gegensatz zu Migration bedeutet Sesshaftigkeit die Verwurzelung an einem Ort.

Doch dazu muss dieser die nötigen Voraussetzungen für die Reproduktion des Lebens bieten. Genau das macht die Gewalt des Klimawandels zunehmend unmöglich, und es lässt sich eine Art lokale Vertreibung beobachten: Durch den Entzug ihrer Lebensgrundlage werden Menschen in ihren angestammten Lebensräumen zu Geflüchteten, die sich nicht mehr selbst versorgen können. Als Lösungsstrategie werden häufig Umsiedlung oder Auswanderung empfohlen. Doch welche sozialen, ökonomischen und politischen Schutzmaßnahmen wären nötig, damit Menschen in Würde in ihrer Heimat leben können? Ein verankertes Recht auf Sesshaftigkeit würde vieles nach sich ziehen: von entschlossenen Klimaschutzmaßnahmen über Landrechte für indigene Gruppen und Kleinbauern, Förderprogramme für die ländliche Bevölkerung bis hin zu einem Schuldenerlass für den Globalen Süden und gendersensiblen Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen.

Doch jegliche Anstrengung, Sesshaftigkeit zu ermöglichen, muss gleichzeitig Migration als unvermeidliche Tatsache akzeptieren. Selbst wenn es gelingt, die Erderwärmung auf dem heutigen Stand zu halten, werden viele Gegenden zukünftig unbewohnbar sein, sofern sie es nicht schon heute sind. Das Recht auf Migration ist das Recht, sich in Sicherheit zu bringen und anderswo ein würdevolles Leben aufzubauen. Doch wer auf dieser Suche nach einem besseren Leben Staatsgrenzen überwinden will oder muss, wird mit Polizeigewalt kriminalisiert – ein Grenzimperialismus, der ständig zunimmt. Vertreibung bedeutet heute Lager, Abschiebung und Tod – ob in den Massengräbern des Mittelmeers oder im gefährlichen Dschungel zwischen Kolumbien und Panama. So wie die Rechte von Migrant*innen heute mit Füßen getreten werden,

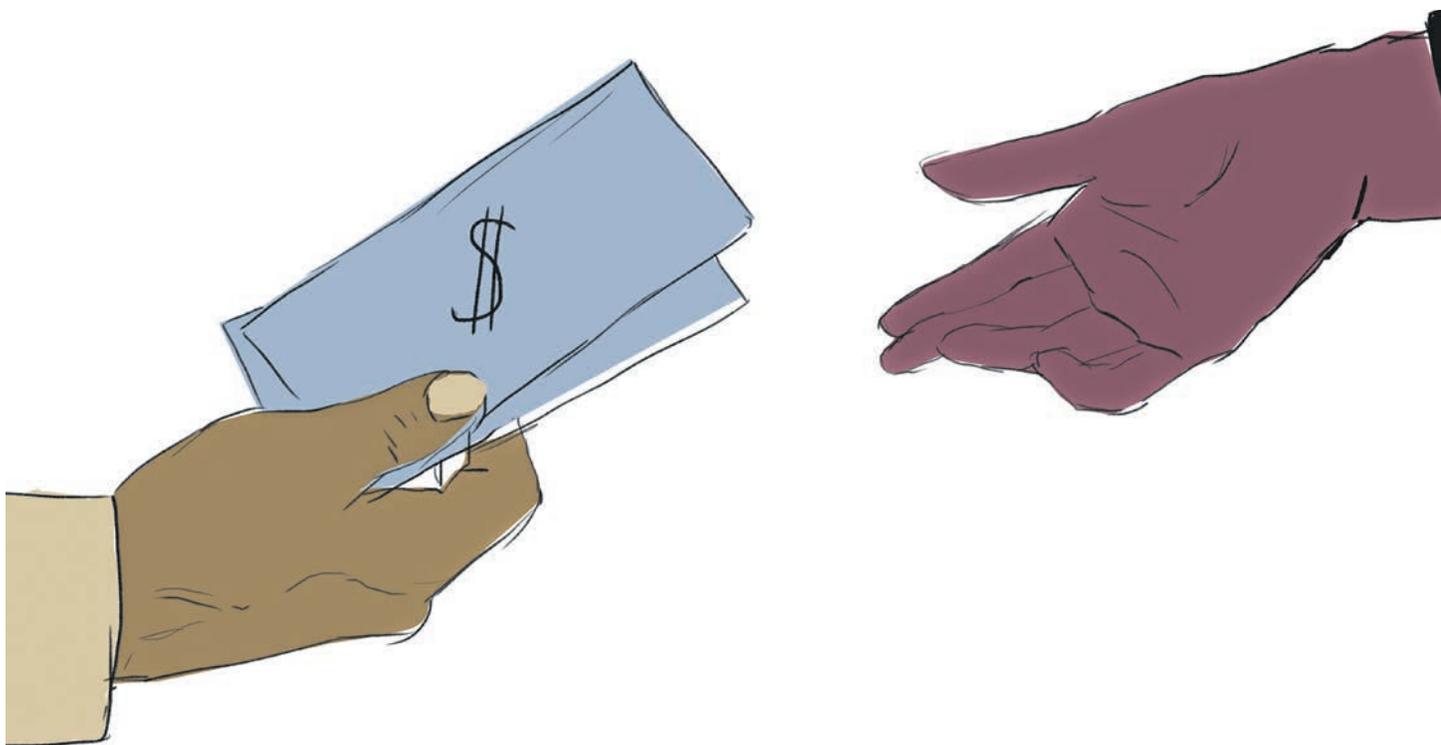
lässt sich die Zukunft durchaus als Klima-Apartheid vorstellen. Schutzkonzepte für Klima-Flüchtlinge existieren bisher so gut wie nicht, und das wenige, was rechtlich möglich wäre, droht an den ökonomischen Realitäten zu scheitern. So kommt eine Untersuchung aus dem ländlichen Malawi** zu dem Schluss, dass der Klimawandel Migration vermutlich schwieriger machen wird, statt sie zu erleichtern. Auch Studien aus dem pazifischen Raum kommen zu dem Ergebnis, dass sich die Mehrheit die Flucht, zu der sie verdammt ist, wohl nicht leisten können.

Aus der Klimakrise resultierende Flucht und Vertreibung werden Migration in bisher nie da gewesener Weise ausdehnen, und viele Fragen sind noch offen: Welche juristischen Regelungen können diejenigen schützen, die aufgrund einer ökologischen Systemkrise gezwungenermaßen entwurzelt werden? Wie lassen sich solche neuen Schutzrechte garantieren, wo doch schon die bestehenden Rechte von Migrant*innen und Geflüchteten leichtfertig außer Kraft gesetzt werden? Wie gehen wir mit den kulturellen und spirituellen Dimensionen von geografischer Herkunft um, wenn sich diese Gegend ständig zum Schlechteren verändert? Gemeinden, die Klima-Flüchtlinge aufnehmen, verändern sich sozial wie demografisch und sind darüber hinaus nicht selten selbst von Klimaproblemen betroffen – was ist nötig, um sie zu unterstützen?

María Faciolince leitet das Projekt „Power Shifts“ bei Oxfam, **Daniel Macmillen Voskoboynik** ist Mitbegründer und Autor des Blogs worldatic.org. Gekürzte und bearbeitete Fassung. Originaltext in „Perspectives on a Global Green New Deal“, kuratiert von Harpreet Kaur Paul und Dalia Gebrial, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2021, www.global-gnd.com

* Laut der von UNU-EHS und UNESCAP herausgegebenen Studie „Climate change and migration in the Pacific: Links, attitudes, and future scenarios in Nauru, Tuvalu, and Kiribati“

** Suckall, N., Fraser, E., Forster, P. (2017): Reduced migration under climate change: Evidence from Malawi using an aspirations and capabilities framework, in: *Climate and Development* 9 (4)



Recht auf Mobilität

Ein grüner Plan für eine solidarische Verkehrswende Von Manuela Kropp

Weltweit setzen sich soziale Bewegungen für eine solidarische Verkehrswende ein: beim Kampf gegen den Ausbau von Autobahnen („Danni bleibt“, „Streetsblog“), für Fahrrad-Infrastruktur, für den Ausbau des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs in der EU („Back on Track“) und für „Just Transition“ in der Luftfahrt („Stay Grounded“).

Sie tun dies, weil es um soziale Gerechtigkeit geht: Nicht alle können sich ein Auto beziehungsweise die Tickets für den öffentlichen Verkehr leisten, Menschen mit kleinerem Geldbeutel leben häufiger an lauten, schmutzigen Straßen. Durch die Covid-19-Pandemie sind die Nahverkehrsunternehmen weltweit finanziell unter Druck geraten, so dass die Forderungen nach einem Nulltarif im ÖPNV (zum Beispiel in Brasilien, in den USA, in Europa) bei gleichzeitig 100 Prozent öffentlicher Finanzierung immer lauter werden. Denn das „Recht auf Mobilität“ ist ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und muss für alle Menschen verwirklicht werden. Es geht um Gesundheit, denn dort, wo die Luft besonders verschmutzt ist, fällt die Todesrate durch Covid-19 höher aus. Auch Flächengerechtigkeit kommt ins Spiel: Weniger Parkplätze und Ladeplätze bedeuten mehr öffentlichen Raum für alle.

Eine solidarische Verkehrswende führt zu Klimagerechtigkeit durch Ausweitung staatlicher Investitionen in Schiene und ÖPNV sowie Ordnungspolitik, denn der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, dessen Treibhausgasemissionen weltweit steigen. 25 Prozent aller CO₂-Emissionen der EU sind ihm zuzu-

schreiben. In den USA sind PKW und LKW für 20 Prozent der Emissionen verantwortlich. Die weltweite zivile Luftfahrt verursacht 6 Prozent der globalen Klimaerwärmung. Die Zahl der zugelassenen PKW liegt in Deutschland 2021 auf einem Rekordniveau: 48 Millionen. In China werden jedes Jahr 25 Millionen Autos neu zugelassen. Im Zuge der Covid-19-Pandemie wurden etwa in Deutschland und Frankreich milliardenschwere, öffentlich finanzierte Rettungspakete für die Auto- und Luftfahrtindustrie geschnürt. Ohne Klimaschutzauflagen, während ÖPNV und Schiene mit wesentlich geringerer Unterstützung auskommen mussten. Gleichzeitig verkündete Daimler die Ausschüttung von 1,4 Milliarden Euro Dividende, mitten in der Pandemie, im März 2021.

Hier könnte ein Green New Deal umsteuern: Öffentliche Gelder darf es nur bei Einhaltung von Klimaschutzauflagen geben. Die Wettbewerbslogik der Eisenbahnunternehmen untereinander muss beendet und eine öffentlich finanzierte Bürgerbahn aufgebaut werden. Die Trassenpreise für die Eisenbahn müssen sinken, um den Schienenverkehr gegenüber der Straße und dem Flugzeug attraktiver zu machen. Eisenbahnstrecken müssen ausgebaut und grenzüberschreitend elektrifiziert werden, steuerliche Vorteile für die Luftfahrt (keine Kerosinsteuer) und die Autoindustrie (Dieselförderung, Dienstwagenprivileg) endlich wegfallen.

In Abgrenzung zur Degrowth-Bewegung fordert der Green New Deal eine progressive Industriepolitik, um die Autoindustrie

zu einer ökologischen Mobilitätsindustrie für Schiene und ÖPNV umzubauen. Aber die Entscheidungen über die Produktion fallen in den Konzernzentralen – die Belegschaften haben keinen Einfluss. Der notwendige Umbau der europäischen Autoindustrie, die 7 Prozent des BIP der EU erwirtschaftet, mit zwölf Millionen Beschäftigten in Fertigung und Zulieferindustrie, muss im Rahmen eines „gerechten Übergangs“ („Just Transition“) geschehen, unter Einbindung von Beschäftigten, Gewerkschaften und Transformationsräten. Ein europäischer Rahmen für öffentliche Ausschreibungen sollte sicherstellen, dass „Lokalität“ ein zwingendes Kriterium wird und die Ankurbelung der Produktion von Fahrzeugen für Schiene und ÖPNV die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärkt.

Die linke Fraktion im Europaparlament forderte im Dezember 2019 einen Green New Deal. Heinz Bierbaum, Präsident der Europäischen Linkspartei, argumentierte im Februar 2021, dass dieser Green New Deal politisch wirksam werden müsse: Fridays for Future und Gewerkschaften wie IndustriALL sollten dabei im Mittelpunkt stehen.

Hierfür gibt es gute Beispiele: Am 15. April 2021 forderte ein Bündnis aus IG Metall, DGB, ver.di, BUND und VCD eine sozialverträgliche Mobilitätswende. Im Sommer 2020 schlossen sich ver.di und Fridays for Future zusammen, um gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV zu kämpfen. Dass ein Umbau der Autoindustrie möglich ist und durch alternative Arbeitsplätze in der Produktion von Schienenfahrzeugen, Bussen und Dienstleis-

tungen für „Shared Mobility“ abgefordert werden kann, belegt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung vom Januar 2020.

Elektromobilität bei Schienenfahrzeugen und Oberleitungsbussen wäre das Gebot der Zeit. Aber EU-Kommission und Autoindustrie setzen auf die „Scheinlösung Elektroauto“, durch Förderung von Batterie-Allianz und Ladeinfrastruktur. Dies wird nicht helfen, die planetaren Grenzen einzuhalten, denn Elektroautos sind nur dann „ökologischer“, wenn es sich um leichte, effiziente Autos handelt, die mit erneuerbarem Strom fahren. Das ist aufgrund des fossilen und nuklearen Strommix in der EU und des Trends zu schweren Elektro-SUVs nicht gegeben. Hinzu kommt die Frage der neokolonialen Ausbeutung bei der Rohstoffgewinnung für Batterien. Die Nachfrage der EU nach Lithium, das unter anderem aus Lateinamerika stammt, wird in knapp zehn Jahren 18-mal höher liegen als heute. Ein wesentliches Problem sind die negativen Auswirkungen der Wassergewinnung auf die nahe gelegenen ariden Ökosysteme der Anden. Für Nickel, einen der Hauptrohstoffe in Elektrobatterien, ist Indonesien derzeit die größte Quelle, aber hier droht die Verschmutzung von Luft und Meerwasser. Die Regierung will nun Nickel auch im eigenen Land verarbeiten, dafür braucht es jedoch ökologische Standards sowie eine Sorgfaltspflicht der Unternehmen durch ein europäisches Lieferkettengesetz. Ein Green New Deal muss auch den Ressourcenverbrauch senken, dazu gehören viel höhere Recyclingquoten, um den Verbrauch von Nickel und Kobalt zu verringern, und zum Beispiel ein Stopp des EU-Mercosur-Freihandelsabkommens, durch das argentinische Exportbeschränkungen für Lithium wegfallen und im Ergebnis der Absatz deutscher Autos in Brasilien und Argentinien stark ansteigen wird. Vermehrte Abholzung des Regenwaldes ist eine Folge einer solchen Politik.

Soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und ressourcenschonende Mobilität für alle: Ein Green New Deal, der das erreichen will, braucht eine solidarische Verkehrswende.

Manuela Kropp ist Projektmanagerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel.

Schade, W., Berthold, D., Mader, S., Scherf, C., Stich, M., Wagner, U. (2020): Gesamtwirtschaftliche Wirkungen durch die Transformation zu nachhaltiger Mobilität. Arbeitspapier im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Karlsruhe

Rosa-Luxemburg-Stiftung (März 2021): Straße ins Verderben. Wie nachhaltig ist die Nickelproduktion für Elektroautos?, Arianto Sangadji, Muh Fardan Ngoyo, Pius Ginting, Bestellbar unter www.rosalux.de

Infrastruktur statt billiger Exporte

Bislang findet die Debatte über den GGND in Afrika in stark eurozentristischer Form statt. Von Roland Ngam

In Afrika wird mindestens seit 2009 über einen „Global Green New Deal“ diskutiert, allerdings nur von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen. Zu ihnen zählen Wissenschaftler*innen, die bestehende Wirtschaftssysteme in Frage stellen und auf der Suche nach neuen, faireren Wachstumspfaden sind. So haben Gordon Bubou und seine Co-Autor*innen in dem 2010 erschienenen „The Green Economy Paradigm“ argumentiert, Nigeria, das zu diesem Zeitpunkt für seine 150 Millionen Bürger*innen gerade mal 5.000 Megawatt Strom produzierte, könne durch einen entschiedenen New Deal für grüne Energie große Fortschritte erzielen. In dem 2013 veröffentlichten „South Africa’s Green Economy Transition“ betonen Martin Kaggwa und seine Co-Autor*innen, dass Südafrika zwar gut in der Entwicklung grüner Politikkonzepte ist, aber viel zu wenig für deren Umsetzung tut.

Auch zivilgesellschaftliche und Nichtregierungsorganisationen mit engen Verbindungen zur UN-Klimakonferenz machen sich in Afrika für einen GND stark. Das „Alternative Information and Development Centre“ (AIDC) in Südafrika hat unter dem Titel „One Million Climate Jobs“ eine Art Wegweiser für eine CO₂-arme-Wirtschaft veröffentlicht. Auch das „Co-operative and Policy Alternative Center“ (COPAC) hat einiges dazu publiziert, wie ein grüner New Deal aussehen müsste, um den CO₂-Kapitalismus zu beenden.

Die dritte Gruppe schließlich besteht aus Politiker*innen, die sich in Reden und Programmen mit einem Green New Deal schmücken – als nettes Beiwerk. So formulierte die Organisation „New Economic Partnership for Africa’s Development“, mitbegründet vom ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki, bereits vor über 20 Jahren das erste schlüssige Konzept für den Umgang mit dem Klimawandel in Afrika. Es benennt die Abkehr von fossilen Brennstoffen und den Aufbau einer Infrastruktur zur grünen Energiegewinnung als ebenso notwendig wie einen nachhaltigeren Umgang mit Wasser und größere Anstrengungen zur Aufforstung der Sahelzone. Doch viele dieser angeblichen Prioritäten wurden schlichtweg ignoriert.

Stattdessen erweisen sich viele Großprojekte der vergangenen Jahre, die Regierungen beispielsweise in Ägypten, Äthiopien, Senegal, Südafrika, Kenia, Kamerun oder Mosambik initiiert haben, als stark CO₂-belastet oder anderweitig umweltschädlich. In Südafrika, dessen CO₂-Ausstoß doppelt so hoch ist wie der Weltdurchschnitt, markiert die Fülle

neuer Öl-Deals eher eine Energiewende hin zu fossilen Brennstoffen statt deren baldiges Ende. Das ReconAfrica-Abkommen gestattet es Kanada, im Okavango-Delta nach Öl und Gas zu suchen, mitten in einem historischen Elefantenreservat auf dem Gebiet von Botswana und Namibia. Der australische Konzern Invictus Energy steht kurz vor Bohrungen in Simbabwe. Vor der Küste Mosambiks hat TOTAL bereits mit der Förderung von Flüssiggas begonnen – ein Vorhaben, das dazu beigetragen hat, die Provinz Cabo Delgado für islamistische Aufständische interessant zu machen. Bei Mossel Bay schließlich entdeckte Südafrika kürzlich vor seiner eigenen Küste rund neun Milliarden Barrel Öl und ungefähr 1,7 Billionen Kubikmeter Erdgas.

Südafrika, das beim Ausstoß von Treibhausgasen weltweit den zwölften Platz einnimmt, ist in diesem Zusammenhang ein besonders interessanter Fall: Wiederholt hat Präsident Cyril Ramaphosa einen grünen Wirtschaftsumbau zur Priorität erklärt. Er hat eine präsidentiale Klima-Kommission ins Leben gerufen, dafür gesorgt, dass ein Gesetz zur CO₂-Steuer im Parlament verabschiedet wurde, und eine weitere Klimawandel-Steuer auf den Weg gebracht. Dennoch investierte Südafrika seit der Rezession 2008 über 30 Milliarden US-Dollar in die Erzeugung von 14.100 Megawatt fossiler Energie: in den staatlichen Kohlekraftwerken Medupi und Kusile sowie durch drei Public-Private-Partnership-Verträge mit Karpowership SA. Nach Unterzeichnung dieser umweltzerstörenden Abkommen wird Südafrika der Welt noch in diesem Jahr ankündigen, die UN-Rahmenkonvention zu erfüllen und bis 2050 klimaneutral zu werden – offensichtlich ein leeres Versprechen.

Die Frage, ob vor diesem Hintergrund ein GGND in Afrika überhaupt diskutiert werden kann, lässt sich mit Ja und Nein beantworten.

Nein, weil das Konzept an sich eine ziemlich eurozentristische Form der Bevormundung darstellt. Zuerst sind die meisten afrikanischen Länder aufgrund ihrer relativ kleinen Volkswirtschaften sowieso klimaneutral. Es handelt sich um Staaten, denen es praktisch an allem mangelt: Schulen, Krankenhäuser, Straßen, angemessene Unterkünfte, Nahrung, Strom, Trinkwasser ... Viele bekamen in den 1990er Jahren durch die Bretton-Woods-Institutionen Strukturanpassungsprogramme verordnet, von deren Sparakt und Fiskaldisziplin sie sich bis heute nicht erholt haben. Die Covid-19-Pandemie hat ökonomische Gestaltungsmöglichkeiten



noch weiter beschnitten, so dass sie sich umso stärker auf ihre Bodenschätze und Agrarprodukte verlassen werden. Die Bevölkerung dieser Länder wird sich auch zukünftig auf das unmittelbare Überleben konzentrieren, ihr kleinbäuerlicher Lebensstil ist zwangsläufig meist ziemlich umweltverträglich. Diesen Ländern abzuverlangen, dass sie ein Prozent ihres Haushalts für Dekarbonisierung beiseitelegen, ist eine Zumutung.

Dort, wo die Umweltzerstörung weit fortgeschritten ist – wie in der Demokratischen Republik Kongo, Sierra Leone, Südafrika, den küstennahen Ölpalmen-Plantagen Kameruns und an vielen anderen Orten –, dient die Ausplünderung dem Westen und seiner Sucht nach billigen Laptops und Smartphones, nach Juwelen, Biokraftstoffen und billiger Kleidung. Wenn Elon Musk einen Liefervertrag über jährlich 6.000 Tonnen Kobalt aus dem Osten der Demokratischen Republik Kongo unterzeichnet, finanziert er massive Umweltzerstörungen, Kinderarbeit, Sklaverei, bewaffnete Konflikte, Trinkwasserverschmutzung und einiges mehr.

Während die USA und Westeuropa also daheim vom GGND reden, richten sie in Afrika

Tod und Verheerung an, um dieses Ziel zu erreichen. Ein idealer GGND würde stattdessen das Geld des Globalen Nordens zur Entwöhnung afrikanischer Länder von den toxischen Wirtschaftssystemen der Minen und Plantagen nutzen.

Ein Ansatz, der Afrika besser entspräche, wäre Degrowth, also Programme, die Washingtons neoliberalen Konsens ersetzen durch Maßnahmen für kurze Wertschöpfungsketten und bessere Versorgung in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Trink- und Abwasser. Besonders beim Wasser ist das UNEP-GGND-Dokument mit seiner Forderung nach stärkerer Privatisierung schlicht kriminell: Wir müssen mehr allgemeinen Zugriff auf Wasser fördern statt mehr privates Management.

Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass die größten Umweltverschmutzer die Länder Südafrika, Nigeria, Algerien, Ägypten, Marokko und Angola sind. Diese Länder hätten die Ressourcen dafür, Teile des GGND umzusetzen, tun es aber nicht.

Denn wie der südafrikanische Politikwissenschaftler Carlos Lopes richtig schrieb:

„Während sich ein US-Green-Deal auf die Abkehr von fossilen Brennstoffen konzentriert, deren Infrastruktur bereits vorhanden ist, würde eine afrikanische Strategie Energie und die dafür nötige Infrastruktur von Grund auf neu bereitstellen.“ Was hätte allein Südafrika dafür erreichen können mit den 30 Milliarden US-Dollar, die es stattdessen gerade in schmutzige Stromgewinnung aus Kohle und Gas gesteckt hat?

Den meisten Afrikaner*innen mangelt es an vernünftigen Schulen, Häusern, Straßen, Strom, Gesundheitsversorgung und Trinkwasser. Die größten Investitionen in solche Infrastrukturen müssen deshalb selbstverständlich in Afrika getätigt werden. Dazu braucht es einen Bewusstseinswandel, der Afrikas gesamte Energie auf seine Infrastruktur konzentriert statt auf billige Exporte. Dafür muss ein GGND grüne Hilfsprogramme aus dem Globalen Norden in den Globalen Süden umleiten.

Roland Ngam arbeitet im Büro Südafrika/Johannesburg und ist für Klima und sozialökologische Transformation zuständig.

Grüne Zukunft oder leerer Traum?

Die Vierte Industrielle Revolution, aus der Perspektive eines Entwicklungslandes betrachtet

Von Dorothee Braun

In Tansania kann derzeit beobachtet werden, dass die Person des Präsidenten oder der Präsidentin wichtiger ist als das Präsidentenamt selbst. Im Laufe weniger Wochen, so scheint es, kehrt die vormalige Vizepräsidentin Tansanias, Samia Suluhu Hassan, buchstäblich alles ins Gegenteil um: Politikentscheidungen, Errungenschaften, vehemente Kritik an Missständen demokratischer Verfahren und Verletzungen von Bürger- und Menschenrechten durch das Regime des kürzlich verstorbenen Präsidenten Tansanias. Obgleich jegliche Bewertung verfrüht wäre, nach nur sechs Wochen im Amt, fürchten kritische Beobachter, von einem Extrem ins andere zu geraten: von einem Präsidenten, der die Begrenzung der Räuberei von Bergbauriesen als „Krieg“ bezeichnete, zu einer Präsidentin, die sich angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes nicht in der Lage sieht, ausländischen Investoren die „Muskeln zu zeigen“. Stattdessen lädt sie zur Fortsetzung potenzieller Räuberei ein. Das Erbe Magufulis soll, folgt man den Debatten im Parlament und in den sozialen Medien, möglichst vergessen werden. Zentrale Begriffe in den Reden Magufulis gilt es aus dem Sprachgebrauch zu löschen. Der Begriff „wanyonge“ (Bettelarme/ zu Bemitleidende) teile die Gesellschaft, der Begriff „ubeberu“ (Imperialismus) kritisiere Investor*innen wie Vertreter*innen der Entwicklungspartner.

Es ist wenig verwunderlich, dass die Bergbauindustrie den Kurswechsel der neuen Präsidentin mit Freuden aufnahm. Der Vorsitzende der Tansanischen Bergbau-Kammer (Tanzania Chamber of Mines), Philbert Rweyemamu von Barrick Gold, äußerte sich optimistisch, da sich mit den bis dato ausstehenden Mehrwertsteuer-Erstattungen in angeblicher Höhe von mehreren Millionen US-Dollar durch den tansanischen Staat das Investitionskapital des Unternehmens erhöhe. Wo immer das Finanzministerium Schwierigkeiten sehe, Steuern zu erlassen, so die Präsidentin, sehe sie sich in der Verantwortung, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Auch die Möglichkeiten zum Abbau mineralischer Ressourcen in Naturschutzgebieten müssten einer komparativen Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden.

Ebenso wenig verwunderlich ist, dass die westliche Medienberichterstattung in den Wochen vor Magufulis Tod kein Wort darüber verlor, dass der Präsident dem Bergbauriesen Barrick und dem Rohstoffhandel- und Bergbau-Unternehmen Glencore den letzten

Strich durch die Rechnung machte. 2018 entzog er beiden Unternehmen die Lizenz zum Abbau der im Nordwesten Tansanias, an der Grenze zu Burundi gelegenen Kabanga-Nickel-Lagerstätte.

Tansania ist mit dem Segen oder Fluch gigantischer Vorkommen mineralischer Rohstoffe ausgestattet, die unter anderem für die Technologie-Entwicklung der „Vierten Industriellen Revolution“ oder einer „grünen“ Zukunft unabdingbar sind. Nickel, Kobalt und Graphit werden für die Entwicklung zukünftiger Batterietechnologie benötigt. Will man ihre Marktdurchdringung sichern, wird man auf die gigantischen tansanischen Lagerstätten von 18 Millionen Tonnen Graphit, 58 Millionen Tonnen Nickel und etwa 45.000 Tonnen Kobalt angewiesen sein. Laut Schätzungen des World Economic Forum (WEF) wird sich die Nachfrage nach Nickel mit hohem Reinheitsgrad im Jahr 2030 im Vergleich zu 2018 um den Faktor 24 erhöhen, die nach Kobalt vervierfachen. Laut Angaben von Barrick und Glencore aus dem Jahr 2014 beherbergt Kabanga das weltweit größte Nickelvorkommen, das in seinem Reinheitsgrad einmalig ist.

Die Analyse des Rechtswissenschaftlers Friedrich Müller aus dem Jahr 2012 bringt – trotz Zunahme an Komplexität und Anzahl der Akteure – die Perspektive von Ländern, die sich in der Peripherie kapitalistischer Durchdringung befinden, auf den Punkt. Das, was wir semantisch verniedlichend Globalisierung nennen, sei eben nicht nur eine bloß technische wirtschaftliche Integration der Welt, ein rasantes betriebs- und volkswirtschaftliches Umstrukturieren und Anwachsen gegenseitiger ökonomischer Abhängigkeiten. „Es ist vor allem ein neuartiges Gewalt- und Machtspiel, eine aus dem Hintergrund steuernde, nichtdemokratische planetare Exekutive aus IWF, Weltbank, WTO, OECD und den G8-Gipfeln. Es ist ein ebenso abstraktes wie brutales Anwenden der ökonomischen Modelle und der wirtschaftspolitischen Ideologie der reichsten westlichen Industrieländer auf die Gesellschaften der so genannten Peripherie.“

Während seiner gesamten Amtszeit weigerte sich Präsident Magufuli, staatliches Handeln auf regulatorische Aufgaben zu beschränken. Bergbau-Unternehmen freuten sich über Jahrzehnte über relativ niedrige Steuersätze und eine schwache Regulierungsaufsicht. Das sollte sich mit der Amtsübernahme Magufulis ändern. Denn obgleich Tansania zu den Spit-

zenproduzenten mineralischer Rohstoffe gehört, ist der Bedarf an einem strukturellen Umbau der Wirtschaft nach wie vor groß. Der mineralische Reichtum übersetzt sich nicht in die Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Bevölkerung. Verdient wird anderswo, wie sich am Beispiel des seltenen Minerals Tansanit zeigen lässt. Indien verarbeitet 95 Prozent der in Tansania abgebauten Edelsteine und macht einen jährlichen Umsatz von 300 Millionen US-Dollar, gefolgt von Kenia mit 100 Millionen. Tansania hängt mit gerade einmal 38 Millionen weit hinterher.

Die auf reiner Rohstoffgewinnung basierenden Wirtschaftsbeziehungen suchte die Regierung Magufulis umzukehren. Sie überarbeitete nicht nur das Regime von Steuersätzen, Unternehmensbeteiligung und regulatorischer Aufsicht. Auf der Grundlage zweier zuvor verabschiedeter Gesetze entzog sie 2018 etliche der bestehenden Lizenzen für den Abbau von Gold, Silber, Nickel, Kupfer und seltenen Erden und setzte die Vergabe neuer Lizenzen zunächst aus. Im Januar 2021 schloss Tansania eine Rahmenvereinbarung mit dem Familienunternehmen Kabanga Nickel Limited zum Abbau der Lagerstätte ab. Mit der Anwendung hydrometallurgischer Verfahren, so die Vereinbarung, soll nicht nur der ökologische Fußabdruck vermindert, sondern die Vision Tansanias in die Realität überführt werden, sich zu einem Knotenpunkt der Metallgewinnung und -raffination zu entwickeln.

Folgt man dem Szenario der Global Battery Alliance/WEF, so steigt der Umsatz entlang der Wertschöpfungskette bis 2030 um das Achtfache. 45 Prozent entfallen auf die Batteriefertigung, 24 Prozent auf die Metallraffination. Ob die Batterietechnologie jedoch eine zukunftsfähige Lösung für die Dekarbonisierung der Transportindustrie anbieten wird, ist eine ganz andere Frage. Angesichts der marginalen Recyclingraten von derzeit gerade mal 7 Prozent Rückgewinnung des globalen Metallbedarfs und der hohen Klima-, Sozial- wie Umweltkosten der Metallgewinnung fühlt man sich an die Worte des ehemaligen UNEP-Exekutivdirektors Klaus Töpfer erinnert. In seinem Vortrag „Märkte wieder in den Dienst der Menschen stellen“ kritisierte er die Dominanz der Technik in der Gesellschaft und deren Herangehensweise, durch den Einsatz von Technologie entstandene Entwicklungen immer wieder durch andere Technologien korrigieren zu wollen. Heute, so Töpfer, geben die Märkte



te den Zeittakt für Entscheidungen vor, und demokratische Institutionen geraten ins Hintertreffen. Aus diesen Aspekten erwachse ein Sachzwang, der sich auf gegenwärtige Entscheidungen insofern auswirke, als diese oft als alternativlos bezeichnet würden.

In seinem Bericht wägt der WEF die lokale Verortung hoher Umwelt- und Sozialrisiken in den Abbaugebieten gegen die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der Technik zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele ab. Afrika ist ein gigantischer Markt: Elektrifizierung ländlicher Gemeinschaften, Verminderung von Nachernteverlusten oder die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten – die Batterietechnologie ist vielfältig einsetzbar. Solange jedoch die Strategien einer „grünen“ Zukunft auf der Fortsetzung einer asymmetrischen Wirtschaftsordnung beruhen und keinerlei Lösungen für deren Abbau andenken, bleibt eine Zukunft, wie sie sich die Staatengemeinschaft ins Heft geschrieben hat, ein leerer Traum für die „wanyonge“. Sie sind Landnahme, Umweltzerstörung und Tyrannei ausgesetzt, und alles bleibt unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung.

Es wäre ein erster Schritt, wenn Unternehmen seitens der Staatengemeinschaft in die Pflicht genommen würden, über ihre wahren Umwelt- und Sozialkosten entlang der Wertschöpfungskette Rechenschaft abzulegen. Der Aufbau von Ingenieur-, Forschungs- und Produktivitätskapazitäten in den Abbauländern selbst wäre ein notwendiger zweiter.

Dorothee Braun leitet das Regionalbüro Ostafrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Verseucht, verarmt, militarisiert, terrorisiert

Das Niger-Delta wurde jahrzehntelang von Konzernen wie Shell ausgebeutet. Ein Green Deal muss deshalb Wiedergutmachung beinhalten. Von Ken Henshaw, Social Action Nigeria

Die Ölförderung im Niger-Delta war von Beginn an eine tödliche Mischung aus unternehmerischer Profitgier und staatlich unterstützter Repression. Seit die Ölgewinnung in den frühen 1950er Jahren Fahrt aufnahm, wurden die Produktionsbeziehungen entsprechend den Handelsmustern aufgebaut, die westliche Händler und Kolonialmächte etabliert hatten: die Vermählung von Profitgier und bewaffneter Unterdrückung. So hatte die britische Marine schon 1895 – über 60 Jahre bevor Nigeria das erste Rohöl lieferte – den prosperierenden Handelsplatz Brass im Niger-Delta niedergebrannt, um das Palmöl-Monopol der britischen „Royal Niger Company“ zu sichern. Über 2.000 Menschen starben dabei. Als 1960 zur Unabhängigkeit der Union Jack gegen die grün-weiße Landesflagge ausgetauscht wurde, änderte das nichts daran, dass Nigerias souveräne Sicherheitskräfte das Ölgeschäft mit den gleichen Methoden am Laufen hielten.

Diejenigen, auf deren Ländereien, in deren Flüssen und Bächen das Rohöl im Niger-Delta gefunden wird, die indigene Bevölkerung, waren zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Weise an Entscheidungen beteiligt. Diese wurden von Beginn an zwischen Staat und Unternehmen getroffen, und zwar immer nach Maßga-

be des größtmöglichen Profits und rückhaltloser Ausplünderung.

Die Geschichte der Ölgewinnung ist vollgemüllt mit Staats- und Unternehmensvergehen an Menschen, deren einziges Verbrechen darin besteht, dass sie neue und faire Bedingungen verlangen.

Die Umuechem, auf deren Gebiet Shell seit 1958 Rohöl fördert, demonstrierten 1990 friedlich für einen neuen Vertrag mit dem Konzern und der nigerianischen Regierung. Shell hatte Straßen, Krankenhäuser, Schulen, Elektrizität und Arbeitsplätze versprochen, als der Konzern dort 30 Jahre zuvor eingetroffen war. Doch keines dieser Versprechen war eingelöst worden – stattdessen mussten die von Landwirtschaft und Fischfang lebenden Einheimischen Umweltverschmutzung, Enteignungen und den Verlust ihrer Lebensgrundlagen hinnehmen. Als Reaktion auf die friedlichen Proteste der Umuechem rief Shell die Sondereinsatzkommandos der Polizei, die alles niederbrannten und 100 Menschen umbrachten. Für dieses Massaker an Umuechem ist bis heute niemand zur Verantwortung gezogen worden, und Shell fördert dort weiter zu seinen Bedingungen Rohöl.

Im gleichen Zeitraum bekamen auch die Ogoni dieses Maß an staatlich unterstützter

Repression zu spüren: In ihrem Fall setzte die nigerianische Armee die Interessen Shells durch. Und auch hier hatte sich die lokale Bevölkerung mit friedlichen Mitteln für einen neuen Vertrag mit Shell und dem Staat eingesetzt. Dabei wurden Tausende ermordet, vergewaltigt und vertrieben. Die Anführer der Bürger*innen-Bewegung „Movement for the Survival of the Ogoni People“ wurden auf Empfehlung eines inszenierten Militärtribunals hin hingerichtet.

Die nigerianische Regierung verteidigt die Ölkonzerne und deren rücksichtslose Ausbeutungsstrategie weiterhin, indem sie militärische Spezialeinheiten auf die Gemeinden des Niger-Deltas hetzt. Im November 1999 tötete das Militär im Dorf Odi 2.500 Menschen. 2005 wurden in Odioma 17 Personen umgebracht, weil sie verlangt hatten, dass die Gemeinden vor Ort von der Ölförderung profitieren. 2008 wurden die Gemeinden Twon-Brass, Ebebu, Agge und Uzere angegriffen. 2019 gab es mindestens drei Vorfälle, bei denen das Militär Gemeinden im Niger-Delta überfallen und niedergebrannt hat.

Nach sechs Jahrzehnten Ölförderung zählt das Niger-Delta heute zu den verseuchtesten, ärmsten und am stärksten militarisierten Gebieten der Welt. Jeglicher Versuch, die Vertragsbedingungen zu verändern, hat der indigenen Bevölkerung bislang Tod und Verderben beschert. Für sie geht es darum, sich endlich von der Fixierung auf Arbeitsplätze zu lösen und die Folgen der jahrzehntelangen rücksichtslosen Ölförderung in den Blick zu nehmen. Ein gerechter New Deal bedeutet Wiedergutmachung für die durch die Ölverschmutzung im Niger-Delta angerichtete ökologische Katastrophe, die den Menschen ihre Lebensgrundlage geraubt hat. Gerechter Umbau bedeutet auch Gerechtigkeit für die zahllosen Opfer der von Ölkonzernen initiierten und staatlich sanktionierten Gewalttaten. Nicht zuletzt geht es um Reparationszahlungen für jahrelange rücksichtslose Enteignung.

Ein New Deal im Niger-Delta muss nicht nur grün und umweltfreundlich, sondern von den Menschen vor Ort inspiriert und auf sie bezogen sein. Ein New Deal der Bevölkerung, ausgehend von ihren realen Erfahrungen und zugeschnitten auf ihre speziellen Bedürfnisse. Denn die unheilige Ehe zwischen Öl-Multis und Regierungen mit ihrer Fixierung auf Profite hat die Menschen lange genug terrorisiert.

Gekürzte und bearbeitete Fassung. Originaltext in „Perspectives on a Global Green New Deal“, kuratiert von Harpreet Kaur Paul und Dalia Gebrial, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2021, www.global-gnd.com



Vorherrschaft gewünscht

Rohstofflieferanten für die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft – die Kehrseite des europäischen Deals Von Monica Bruckmann

Drei große Konzepte zur Dekarbonisierung der Wirtschaft stehen derzeit im Rampenlicht: der europäische Green New Deal, der US-amerikanische sowie die strategischen Ziele, die China mit neuen Technologien zur sauberen Energiegewinnung und für die Energiewende erreichen will. Dieser Text beschäftigt sich vorrangig mit dem europäischen Ansatz und seinen geopolitischen Auswirkungen für Lateinamerika und die übrige Welt.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, beim Green New Deal der EU gehe es ausschließlich um Umweltpolitik. Tatsächlich handelt es sich um ein ehrgeiziges strategisches Projekt zur Transformation der europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Im Wettbewerb um Klimaneutralität will die EU die globale Vorherrschaft erringen und dabei mit Asien – insbesondere China –, Afrika und Lateinamerika durch eine entsprechende „grüne Diplomatie“ strategische Allianzen bilden.

Laut einer Erhebung der EU-Kommission ist die Energieproduktion für insgesamt 75 Prozent der gegenwärtigen CO₂-Emissionen verantwortlich, weswegen Energieeffizienz einen zentralen Baustein ihrer Klimastrategie darstellt. Dafür müssen drei Voraussetzungen

erfüllt sein: eine auf erneuerbaren Energien basierende Stromversorgung, die Dekarbonisierung von Treibstoff sowie ein komplett vernetzter, integrierter und digitalisierter Energiemarkt. Vorgeschlagen wird die Umstellung des Energie-Mix von fossilen Brennstoffen (Erdöl, Gas und Kohle) auf intensiv genutzte erneuerbare und saubere Quellen – und zwar im Rahmen einer ökonomischen Transformationsstrategie, zu der neue Standards in Technologie, Industrie und beim Konsum gehören. Es stimmt zwar, dass die Umstellung des Energie-Mix weltweit zunehmend im Trend liegt, doch erst die europäische Strategie und die mit ihr verbundenen politischen Konzepte und Maßnahmen haben das Potenzial, diesen Prozess zu beschleunigen. Von der Entscheidung der EU-Kommission über den nicht zu unterschätzenden Planungsaufwand bis hin zur Entwicklung neuer administrativer Standards auf allen Ebenen bekommt die Klimafrage über alle politischen und Ressortgrenzen hinweg zunehmend Gewicht in der EU.

Dabei darf nicht unterschätzt werden, dass ein derartiger Umbau des Energie-Mix neuartige Speichertechnologien für die witterungsabhängigen erneuerbaren Energien erfordert, da



mit die industrielle Produktion auch an Tagen ohne ausreichend Wind oder Sonne ununterbrochen laufen kann. Die bislang vielversprechendste Technologie dafür, Energie aus erneuerbaren Quellen zu speichern, bevor sie in Strom verwandelt wird, sind Hochleistungsbatterien, für deren Produktion große Mengen Lithium sowie andere seltene Erden nötig sind.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist der Verkehrssektor, auf dessen Konto immerhin 25 Prozent der in Europa ausgestoßenen Treibhausgase gehen. Das selbstgesetzte EU-Ziel, den Verkehr bis 2050 zu 90 Prozent CO₂-frei zu machen, impliziert den zunehmenden systematischen Austausch konventioneller Fahrzeuge gegen Hybrid- und Elektromodelle. Davon müsste es bis 2025 in der EU mindestens 13 Millionen geben und eine Million öffentliche Ladestationen. Der Mineralbedarf für die Batterien dieser Fahrzeuge, das darf dabei nicht vergessen werden, ist fünfmal so groß wie der konventioneller Autobatterien. Die Dekarbonisierung des Verkehrssektors durch Elektromobilität wird also auch die Nachfrage nach Mineralien zur Batterieproduktion massiv erhöhen.

Lateinamerika verfügt über signifikante Mengen der für die Batterieproduktion für Elektro- und Hybridfahrzeuge benötigten Bodenschätze. Das ist in erster Linie Kupfer, aus dem der mineralische Teil einer Elektroauto-Batterie zur Hälfte besteht. 40 Prozent der weltweiten Kupfervorkommen finden sich in drei Ländern der Region: 23 Prozent in Chile, 11 Prozent in Peru und 6 Prozent in Mexiko.

Bei Nickel liegen 17 Prozent der weltweiten Vorkommen in einem einzigen lateinamerikanischen Land, nämlich Brasilien. Außerdem verfügt die Region über 25 Prozent der Molybdän-Vorräte sowie 83 Prozent des Lithiums – das für die Techniken und Produktionsweisen, auf denen Energiewende und Dekarbonisierung beruhen, so entscheidend ist, dass seine Rolle gesondert analysiert werden muss.

Zu den für die Energiewende entscheidenden Mineralien der Zukunft könnte auch Niobium zählen: Legiert mit Kupfer kann es dafür eingesetzt werden, den Transmissionsverlust in Überlandleitungen auf null zu reduzieren. Außerdem ermöglicht es die Herstellung von sogenannten Supraleitern mit höchster Energiekapazität, wie sie beispielsweise im Teilchenbeschleuniger der europäischen Kernforschungseinrichtung CERN eingesetzt werden, um Partikel mit mehrfacher Lichtgeschwindigkeit aufeinanderprallen zu lassen. Damit eröffnen sich ungeahnte neue Möglichkeiten in der Forschung und perspektivisch auch bei der Erzeugung von Energie – alles durch Niobium, dessen globale Vorkommen zu 94 Prozent auf brasilianischem Gebiet liegen.

Die bereits zur sauberen Energieerzeugung und Wasserstoffproduktion eingesetzten Technologien sind in jedem Fall auf große Mengen metallischer und nichtmetallischer Mineralien angewiesen. Deshalb werden diese zu strategischen Ressourcen für die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft. Eine besonders hohe Nachfrage herrscht bei den seltenen Erden, die für Photovoltaik-Anlagen und die

Dauermagnete der Windturbinen benötigt werden, ganz besonders in Offshore-Windparks. Denn dort soll durch kleinere und dichter stehende Turbinen-Modelle, die bei unterschiedlichen Windstärken dauerhaft arbeiten, eine höhere Effizienz erzielt werden, was die Energiekosten reduziert.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass allein die bisher erwähnten Technologien die globale Nachfrage nach seltenen Erden zwischen 2018 und 2050 um das 25-Fache ansteigen lassen. Von den weltweit davon vorhandenen Vorräten befinden sich 37 Prozent in China, 18 Prozent in Vietnam und 17,5 Prozent in Brasilien. Da China seinen Anteil vor allem zur Deckung seines eigenen Bedarfs verwendet, wird die steigende Weltmarkt-Nachfrage anderswo befriedigt werden müssen. Dabei werden, so viel ist angesichts der vorliegenden Daten klar, Mittel- und Südamerika eine entscheidende Rolle spielen. Zu befürchten ist, dass die Region einmal mehr im Zentrum geopolitischer Konflikte stehen wird und Gefahr läuft, als gigantischer Tagebau missbraucht zu werden – mit allen Problemen für Umwelt und Gesellschaft, die das mit sich bringt.

Monica Bruckmann ist Politikwissenschaftlerin und Fakultätsmitglied an der Universidade Federal do Rio de Janeiro (UFRJ).

Gekürzte und bearbeitete Fassung. Originaltext in „Perspectives on a Global Green New Deal“, kuratiert von Harpreet Kaur Paul und Dalia Gebrial, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2021, www.global-gnd.com

„Dieser New Deal bedeutet eine neue Phase der Kolonialisierung“

Ein Gespräch mit Luiz Zarref, der zum nationalen Koordinierungsrat der „Movimento dos Sem Terra“ (MST), der Landlosen-Bewegung Brasiliens, gehört



Mit **Luiz Zarref** sprach **Elis Soldatelli**, Lateinamerika-Koordinatorin des Klimaprogramms der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo.

Wie hat sich die Covid-19-Pandemie bisher auf die MST und ihre Aktivitäten ausgewirkt?

In unserer Bewegung wurde Covid-19 – auch dank unserer zahlreichen internationalen Freund*innen und Unterstützer*innen und Kontakten zur Wissenschaft – von Beginn an sehr ernst genommen. Wir haben nicht nur die allgemein gültigen Corona-Empfehlungen befolgt, sondern innerhalb unserer Organisation etwas etabliert, das wir „produktive Quarantäne“ genannt haben. Das bedeutet, wir haben alle Aktivitäten eingestellt, die mit Reisen verbunden waren, Ansammlungen vermieden und Hygienemaßnahmen eingeführt. Gleichzeitig haben wir die Nahrungsmittelproduktion erhöht, weil uns sofort klar war: Die bestehende soziale Krise in Brasilien wird sich verstärken, und unser Beitrag wird entscheidend dafür sein, eine gesunde Ernährung sicherzustellen. Während des gesamten vergangenen Jahres haben wir in vielen Prozessen, die mit Landwirtschaft zu tun haben, Erfolge erzielen können. In vielen Gemeinden konnten wir Maßnahmen zur Nahrungsmittelverteilung verbessern, dazu gehört auch das Schulessen „Brazilian School Food Program“. Gleichzeitig haben wir uns sehr bemüht – wenn auch in virtueller Form –, die Organisationsdynamik, die Kommunikation und die Schulungen aufrechtzuerhalten. So konnten wir der Isolation entkommen und Methoden für Zusammenkünfte und Trainings entwickeln.

Und während der zweiten Welle der Pandemie?

Die zweite Welle traf alle Bundesstaaten zur gleichen Zeit und schlug im Landesinneren, also unserem Kerngebiet, besonders hart zu. Als Reaktion auf diese Verschlimmerung haben wir gemeinsam die Kampagne „Stop for Life“ entwickelt, die Familien erklärt, warum es am sichersten ist, zu Hause zu bleiben, und falls das nicht möglich ist, wie sie sich bei einem Ortswechsel verhalten, um niemanden zu gefährden. Wir weisen darauf hin, dass unsere Sektionen, allen voran die Gesundheitssektion, alle Covid-19-Fälle nachverfolgt haben – zur Überwachung der quantitativen Entwicklung, aber auch, um in bestimmten Fällen eingreifen zu können. Wir sind überzeugt, dass Impfungen der entscheidende Faktor dafür sind, Fortschritte zu erzielen. Damit haben wir der Corona-leugnenden Bolsonaro-Regierung widersprochen und dafür gekämpft, genug Impfstoff zu beschaffen und zu produzieren, um die gesamte Bevölkerung im ersten Halbjahr 2021 zu versorgen.

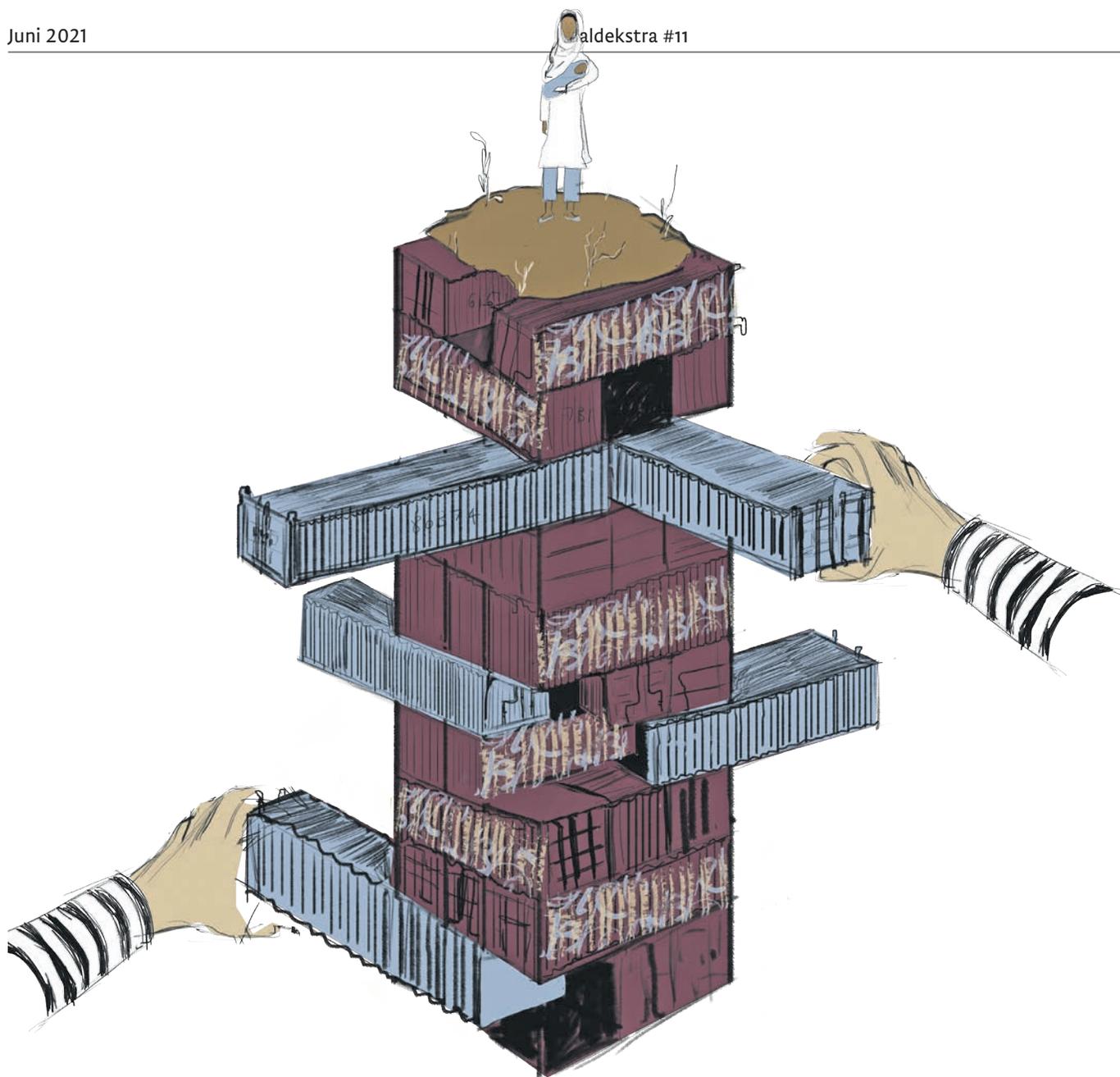
Wie bewertet ihr die massive Verschlechterung der multiplen Krise seit dem Regierungsantritt von Bolsonaro 2019?

Es ist eine strukturelle Krise des globalen Kapitalismus: In einer Phase der Hegemonie des Finanzkapitals werden die Rechte der Arbeiter*innen zerstört, allgemein zugängliche natürliche Ressourcen privatisiert oder vernichtet, wird staatliches Handeln unterlaufen. So gesehen ist die Bolsonaro-Regierung nur Folge und Ausdruck davon, dass die brasilianischen Eliten jegliche eigenständige Entwicklungsperspektive aufgegeben haben. Spätestens seit der Absetzung von Präsidentin Dilma Rousseff 2016 ist nicht mehr zu übersehen, dass diese Eliten für unser Land die totale Unterwerfung vorgesehen haben, mit dem Ziel, es in eine Art „Über-Ausbeutungs-Paradies“ zu verwandeln. Dazu gehören die Auslieferung aller Bodenschätze, Unternehmen und öffentlichen Gelder und der Versuch, den Arbeiter*innen alle Rechte zu entziehen, die sie in den vergangenen 80 Jahren errungen haben. Bolsonaro dient den Eliten bestens: Er treibt den Abbau jeglicher gemeinnützigen Politik voran und hat eine faschistoide Haltung eingenommen, die Teilen der Elite aufgrund ihrer Sklavenhalter-Vergangenheit gut ins Konzept passt.

Andererseits bekommen diese Eliten im internationalen Zusammenhang teilweise Gegenwind von Brasiliens progressiven Kräften, weil sie das Ausmaß der unter der jetzigen Regierung begangenen Umweltverbrechen noch immer kleinreden. Auch vollmundige Versprechen, die Lebensbedingungen des brasilianischen Volkes zu verbessern, wurden nicht eingelöst: weder 2016 noch seit der Wahl Bolsonaros 2018. Dazu kommt die komplette Ignoranz dieser Eliten im Zusammenhang mit der Pandemie, die eine Art Genozid am brasilianischen Volk zur Folge hat. Tatsächlich grassierte Covid-19 in einem derartigen Ausmaß, dass es zu zahlreichen unkoordinierten Lockdowns kam. Zusammengekommen hat all das dazu geführt, dass eine Fortsetzung der Bolsonaro-Regierung für einen Teil der Eliten wenig wünschenswert erscheint, manche sprechen sogar von einem Amtsenthebungsverfahren, während andere einen neuen Mitte-rechts-Kandidaten für die Wahlen 2022 suchen.

Im US-Wahlkampf spielte der Green New Deal eine große Rolle, und auch in Europa wird verstärkt über Energiewende und Dekarbonisierung diskutiert. Werden solche Diskussionen, die Umwelt- und Klimafragen mit ökonomischen verbinden, auch in Brasilien geführt?

Wenn es darum geht, die Interessen des Kapitals zu bedienen, beobachten wir gegenwärtig eine Spaltung: auf der einen Seite diejenigen, die Umweltkrisen leugnen. Zu ihnen gehören überwiegend die Öl-Multis, die Genmanipulatoren und die transnationalen Landwirtschafts-Vergifter. Auf der



anderen Seite stehen diejenigen, die versuchen, die Krise durch Privatisierung der Natur abzumildern. In dieser zweiten Gruppe würden wir den Green New Deal einordnen, weshalb wir davon ausgehen müssen, dass in den kapitalistischen Zentren niemand vorhat, die von ihnen über Jahrhunderte angehäuften ökologischen Schulden abzutragen. Auch von einer Reduzierung der dortigen Wohlstandskonzentration oder einer Stimulierung alternativer Wachstumspotenziale ist nicht die Rede. Damit entlarvt sich dieser GND als neue Phase der Kolonialisierung: Transnationale Konzerne beuten den Globalen Süden aus, indem sie unser Land und unsere natürlichen Rohstoffe den Mechanismen eines auf CO₂-Handel und Umweltdienstleistungen spezialisierten globalen Finanzsektors unterwerfen.

Unsere Aktivitäten drehen sich hauptsächlich um die Herstellung von gesunden Nahrungsmitteln und die Pflege von Gemeingütern, was beides ohne eine Agrarreform unmöglich ist. Nach unserem Verständnis verlangt die ökologische Krise weder Privatisierung noch die Einmischung des Finanzkapitals, sondern vielmehr die koordinierte Zusammenarbeit von selbstbestimmten Völkern und den Wissenschaften mit dem Ziel eines neuen sozio-ökologischen Kreislaufs.

Bei vielen eurer derzeitigen Aktivitäten spielen Frauen eine zentrale Rolle. Wie gendersensibel ist die Bewegung?

Geschlechterfragen sind seit zwei Jahrzehnten in der gesamten MST/Landlosen-Bewegung ein Thema. Die Suche nach gesellschaftlichen Veränderungen und die dafür nötige Entwicklung emanzipierter Subjekte bedeuten auch eine permanente Auseinandersetzung mit den strukturellen Gegebenheiten des brasilianischen Kapitalismus, vor denen natürlich auch unsere Bewegung nicht gefeit ist. Dieses Spannungsverhältnis prägt unser gesamtes Weltbild und selbstverständlich auch die Frage, wie wir die Rolle der Frauen in unserer Bewegung definieren. So verstehen wir die Entwicklung eines populären ländlichen Feminismus: geprägt durch geschlechtsspezifische Aufgabenteilung, ökonomische Netzwerke von Frauen und die Schaffung von speziellen geschützten Diskussionsräumen. Den praktischen Erfolg dieses Ansatzes können wir in der gesamten Bewegung beobachten. Sogar während der Pandemie haben wir unsere Kampagne gegen häusliche Gewalt, „Women without Earth: Against the virus and violence“, weitergeführt – als zentrales Element einer produktiven Quarantäne.

Die Karten neu mischen

Es gibt eine Orientierung, die zu einem Plan verdichtet werden kann.

Von Johanna Bussemer und Katja Kipping

Die Zeit drängt, und das heißt auch, es ist Zeit für Neues: Weltweit wird ein Green New Deal diskutiert, um die Klimakatastrophe und deren verheerende Folgen abzuwenden. In Elektromotoren zu investieren und grüne Kosmetik am Kapitalismus zu betreiben, wird jedoch nicht reichen. Vom historischen New Deal unter Franklin D. Roosevelt und Frances Perkins in den 1930er Jahren können wir den Mut zum Konflikt lernen. Nachhaltig wirkt ein solches Programm nur, wenn es mit grundlegenden sozialpolitischen Weichenstellungen und der Bereitschaft zum wirtschaftspolitischen Umdenken verknüpft wird.

Vor rund 90 Jahren, in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, startete unter dem Präsidenten Franklin D. Roosevelt in den USA der New Deal, in Reaktion auf Rezession und die bis dahin größte Wirtschaftskrise der kapitalistischen Geschichte. Jetzt, rund 90 Jahre später, zeichnen sich deutlich die Umriss einer neuen, globalen Krise ab: der hereinbrechende Klimakollaps. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen weisen seit Langem auf die Gefahren der weitgehend menschengemachten globalen Erwärmung hin, politische und zivilgesellschaftliche Bewegungen versammelten sich spätestens seit den 1980er Jahren hinter dem Ziel des Umweltschutzes, mit Beginn des 20. Jahrhunderts erklangen verstärkt Rufe nach Klimagerechtigkeit. Vor rund 15 Jahren kamen hierzulande schließlich die ersten Debatten um einen Green New Deal auf. Damit war das Thema auf die Ebene eines möglichen Regierungsprogramms gelangt, wenn auch nicht bei den zu dieser Zeit tatsächlich Regierenden. Die dabei verhandelten Konzepte knüpften zwar sprachlich an den historischen New Deal unter Roosevelt an, ließen jedoch anfangs noch die Bereitschaft zum Konflikt mit der Kapitaleseite missen, die das historische Vorbild ausgezeichnet hatte. Vielmehr waren diese ersten Debatten hierzulande stark durch das Bestreben geprägt, Klimaschutz und Kapitalismus zu versöhnen.

Nicht wenige kritisierten damals den Green New Deal als Versuch, uns allen einzureden, ein grüner Kapitalismus sei möglich. Inzwischen hat sich rumgesprochen, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise und nachhaltiger Klimaschutz miteinander in Konflikt stehen. Das ist auch den weltweiten Bewegungen für

Klimagerechtigkeit zu verdanken. Niemand bringt es so gut auf den Punkt wie Naomi Klein mit ihrem Buchtitel „Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima“.

Im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts häuften sich dann Green-New-Deal-Ansätze, bei denen soziales und ökologisches Umsteuern zusammengedacht und zusammenkonzipiert wurden: von den linken Demokrat*innen Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders in den USA über das Programm der britischen Labour-Partei bis hin zu Konzepten der Partei DIE LINKE in Deutschland. Es handelt sich allerdings wahrlich nicht nur um eine Debatte der westlichen Welt – im Gegenteil. Wichtige Stimmen stammen aus dem Globalen Süden, nicht zuletzt wohl deshalb, weil hier sowohl die sozialen als auch die klimatischen Folgen des Klimawandels schon jetzt in einem Ausmaß zu spüren sind, das bei uns noch fast unvorstellbar ist. Auch die „Climate Justice Charter“ aus Südafrika, die in einem breiten gesellschaftlichen Prozess über Jahre erarbeitet wurde, und der „Pacto Ecosocial del Sur“ für die lateinamerikanischen Länder und die Karibik aus dem Jahre 2020 zeugen davon.

Und dann schlug zu Beginn der 20er Jahre dieses Jahrhunderts die Corona-Pandemie ein. Sie krepelte Gewissheiten um, stellte vieles auf den Kopf und noch mehr in Frage. Dabei lässt sie sich auch als Symptom für die allgemeine Krisenanfälligkeit unserer Weltgesellschaft insgesamt verstehen. Wir müssen uns der Frage stellen, welche grundlegenden Schlussfolgerungen aus dieser Krise zu ziehen sind.

Nach über einem Jahr Corona-Krise, also im Frühling 2021, haben wir uns jedenfalls ernsthaft daraufhin befragt, ob diese Krise unsere Sicht auf den Green New Deal ändert, ob sie etwa die Dringlichkeit seiner Umsetzung relativiert. Wir kamen zu dem Ergebnis, dass jetzt mehr denn je ein übergeordnetes Projekt des gesellschaftlichen Umbaus gefragt ist. Allerdings ist nun zu der Notwendigkeit, die ökologischen und die sozialen Krisen zu entschärfen, eine weitere Aufgabe hinzugekommen.

Die Corona-Krise hat uns noch einmal unsere Verletzlichkeit vor Augen geführt. Das ist eine Erfahrung, die von vielen gerne verdrängt wird, weil sie uns daran erinnert, dass

wir dringend umsteuern müssen. Anknüpfen können wir dafür erneut an das ermutigende historische Beispiel des New Deal mit seiner Bereitschaft zum Konflikt. Anknüpfen können wir an substanzielle Überlegungen der jüngsten, progressiven Green-New-Deal-Konzepte, die sowohl national angelegt sind wie auch global zur Umsetzung drängen. Anknüpfen können wir an wissenschaftliche Expertise zur Agrar-, Energie-, Verkehrs- und Bauwende und für Umbauprogramme in der Wirtschaft. Doch wer heute über Umsteuern und Weichenstellungen schreibt, muss zugleich die Erfahrungen des Corona-Schocks reflektieren. Wir tun dies exemplarisch im Bereich der Kunst- und Kulturpolitik, der sozialen Garantien sowie für die Frage der Geschlechterverhältnisse und der Zeitpolitik. An diesen Beispielen wird deutlich: Die Pandemie wirft nicht die bisherigen Überlegungen im Rahmen der Green-New-Deal-Debatten über den Haufen, doch sie hat eine weitere Dimension eröffnet. Es gab einen weiteren Weckruf.

Wir meinen, der historische New Deal unter Roosevelt sowie die aktuelleren Green-New-Deal-Debatten liefern in der Summe eine entscheidende Orientierung für ebenjene notwendige Reaktion auf die Krisen unserer Zeit. Eine Orientierung, die zu einem Plan verdichtet werden kann. Denn der Green New Deal eröffnet eine Veränderungsperspektive, die in der Welt, in der wir leben, bereits funktioniert und zugleich darüber hinausweist. Dieser Plan bietet zudem ein Dach, unter dem sich schon jetzt verschiedene Akteure und Akteurinnen sammeln. Insofern birgt er das Potenzial für gemeinsame Handlungsfähigkeit über territoriale, politische sowie über soziokulturelle Grenzen hinweg. Letztlich geht es um die Frage, wie ein Zukunftspakt durchgesetzt werden kann, der dem Ziel verpflichtet ist, die sozialen wie die ökologischen Krisen nachhaltig zu entschärfen, und der zudem die richtigen Konsequenzen aus dem Corona-Schock zieht.

In den Essay „Green New Deal als Zukunftspakt“ sind die Ideen und Erkenntnisse verschiedener Diskussionen und Gespräche eingeflossen, die wir im Laufe der letzten Jahre zusammen mit vielen anderen geführt, organisiert und erlebt haben. Insbesondere unsere politischen Reisen nach England und die dor-

Gefährliche Türöffner

Warum mit Handels- und Investitionsabkommen kein Staat zu machen ist Von Laura Basu

tigen Treffen mit Akteur*innen aus dem linken Flügel der Labour-Partei und rund um die Organisationen „Momentum“ und „The World Transformed“ haben dazu geführt, dass uns das Nachdenken über den Green New Deal nicht mehr losgelassen hat. Dabei inspirierte uns, dass fortschrittliche Akteur*innen, Organisationen und Parteien weltweit debattieren, ob und wie unter dem Dach des Green New Deal ein gemeinsamer Handlungskatalog entstehen kann; ein Katalog, der gleichermaßen im Rahmen von Nationalstaaten wie überregional und multilateral Anwendung finden kann. Diese Debatten laufen auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Umbrüche. Die Hegemonie des Neoliberalismus schwindet, aber noch ist sie nicht so nachhaltig geschwächt, dass sie nicht wiederkommen könnte, und sei es als Zombie-Version, zum Beispiel durch eine neue strategische Verbindung von Neoliberalismus und autoritärem Rechtspopulismus, deren Entstehung vielerorts bereits zu beobachten ist. Hoffnungsvolle Entwicklungen, wie die großen, globalen Klimaproteste und eine an Kraft gewinnende neue feministische Bewegung, stehen dem Erstarken rechter und autoritärer Kräfte auf der ganzen Welt gegenüber. Angesichts all der ermutigenden Potenziale einerseits und der bedrohlichen Szenarien andererseits wird immer klarer: Wenn die fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte diese offene Situation für sich entscheiden wollen und die Krisen nachhaltig entschärft werden sollen, braucht es mehr als ein Rumdoktern an den Symptomen, es braucht mehr als einen Buben im Kartenblatt oder das Hoffen auf ein Ass. Vielmehr müssen die Karten neu gemischt und Regeln umgeschrieben werden.

Dieser Text basiert auf Ausschnitten des Buches „Green New Deal als Zukunftspakt. Die Karten neu mischen“ von Johanna Bussemer und Katja Kipping, das am 22. Juli 2021 im August Verlag erscheint. www.augustverlag.de/en/catalog/green-new-deals-als-zukunftspakt/

Wer in Zeiten der globalen Pandemie „demokratische Kontrolle zurückerobern“ möchte, tut gut daran, bei den Handels- und Investitionsabkommen zu beginnen. Im Geheimen ausgehandelt, sind sie Instrumente, mit denen sich transnationale Konzerne Macht und Ressourcen der Bevölkerung sichern – oft genug im Alleingang. So finden 90 Prozent der gegenwärtigen Gespräche zwischen der EU und den USA über ein TTIP-Nachfolgeabkommen mit Unternehmenslobbyisten statt.

Bei Handelsabkommen geht es neben der Reduzierung von Zöllen um den Abbau von anderen Regulierungen und darum, Arbeitnehmer*innenrechte, Umwelt- und Ernährungsstandards auf möglichst niedrigem Niveau zu halten. Bedroht ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch der gesamte Sektor gegenwärtiger und zukünftiger öffentlicher Dienstleistungen. Das hat besonders für Frauen weitreichende Folgen: Sie sind in vielen dieser Bereiche die Hauptnutzerinnen, stellen oft einen großen Anteil der Beschäftigten und kompensieren das, was an öffentlichen Dienstleistungen fehlt, durch unbezahlte Arbeit – ob zu Hause oder im Gemeinwesen. Die in den Abkommen enthaltenen Bestands- oder Sperrklauseln machen es quasi unmöglich, zurückzuziehen, was einmal privatisiert wurde.

Die Handelsabkommen sehen häufig Investitionsschiedsverfahren (ISDS) vor, die es Unternehmen ermöglichen, Regierungen wegen entgangener Profite zu verklagen, und zwar auch wegen zukünftig erwarteter Profite. Regierungen dagegen haben ihrerseits nicht das Recht, Unternehmen zu verklagen. Allein aus den Ende 2018 veröffentlichten Investitionsschiedsverfahren ergibt sich eine Summe von insgesamt 88 Milliarden US-Dollar, die Staaten weltweit als Schadensersatzzahlungen an Unternehmen geleistet haben – freiwillig oder auf gerichtliche Anordnung hin. Recherchen von Open Democracy und anderen NGOs belegen, dass sich Anwaltskanzleien für die Zeit nach der Pandemie auf eine regelrechte „Welle“ derartiger Rechtsstreitigkeiten vorbereiten. Denn Corona-Schutzmaßnahmen könnten zahlreiche Anlässe für Unternehmensklagen gegen Regierungen bieten: sei es nun wegen der staatlichen Belegung privater Krankenhausbetten, der Preisregulierung bei Medikamenten, Tests und Impfstoffen, finanzieller Unterstützung bei Miete und Überschuldung oder auch nur, weil sauberes Wasser zum Händewaschen kostenlos bereitgestellt wurde.

Bis jetzt allerdings hat nichts so viele Investitionsschiedsverfahren provoziert wie der Energiecharta-Vertrag. Nicht ohne Grund als gefährlichstes Investitionsabkommen der

Welt bezeichnet, ermöglicht er es, Regierungen in Milliardenhöhe haftbar zu machen, sollten sie versuchen, klimaschädliche Projekte und weitere Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen zu verhindern. Aktuell werden weitere Staaten, besonders im Globalen Süden, in diesen höchst umstrittenen Vertrag einbezogen.

Die Befürworter derartiger Deals behaupten gerne, es ginge um freien Handel – dabei fördern sie zumindest bei den Urheberrechten das genaue Gegenteil. Multilaterale Handelsabkommen, wie die Transpazifische Partnerschaft (CPTPP), gehen beim Urheberschutz weit über die WTO-Richtlinien hinaus. Übernommen in unzählige bilaterale und regionale Abkommen, verhindern diese strengen Vorgaben, dass Menschen Zugang zu bezahlbaren Medikamenten haben und Kleinbäuer*innen ihr eigenes Saatgut produzieren können. Stattdessen fungieren sie als Türöffner für genmanipulierte Organismen.

Derartige Handelsabkommen zementieren und verstärken die ungerechte internationale Arbeitsteilung und verhindern so einen fairen Green New Deal. Auch bei den gerade laufenden Verhandlungen zwischen 16 Staaten des asiatisch-pazifischen Raums über das sogenannte RCEP-Abkommen (Regional Comprehensive Economic Partnership) werden wieder die Großunternehmen der wirtschaftlich starken Staaten China, Japan, Neuseeland und Australien profitieren. Sie erschließen sich weitere Absatzmärkte, indem sie jene kleinbäuerlichen Betriebe verdrängen, die bisher 80 Prozent der Nahrungsmittelproduktion in der Region gesichert haben. Darüber hinaus wird RCEP die Bodenspekulation fördern, weil es multinationalen Konzernen jetzt vielerorts ermöglicht, Land zu kaufen, wo geltendes Recht bisher nur Pachtverträge zugelassen hat.

Verträge, die von Unternehmenslobbyisten hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden, um riesige Konzerne noch reicher und mächtiger zu machen, verheißen für den Planeten und seine Bewohner*innen leider nichts Gutes. Deshalb ist die Abschaffung dieser Handels- und Investitionsabkommen ein unverzichtbarer erster Schritt dafür, in der Post-Covid-Welt transnational und fair gegen den Klimawandel aktiv zu werden.

Laura Basu ist Europa-Referentin bei Open Democracy. www.opendemocracy.net

Bearbeitete Fassung. Originaltext in „Perspectives on a Global Green New Deal“, kuratiert von Harpreet Kaur Paul und Dalia Gebrial, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2021, www.global-gnd.com

Die Netze denen, die sie nutzen!

Energiegewinnung bildet die Basis der Gesellschaft und ist gegenwärtig zugleich Treiber des Klimawandels. Von Aaron Eisenberg

Dank des Green New Deal ist die US-Klimabewegung innerhalb weniger Jahre von einer verschlafenen, bröckelnden Bewegung zu einer echten politischen Kraft geworden. Für die Demokraten ist Klima kein nachgeordnetes Thema mehr, sondern dominiert aufgrund der Arbeit von Aktivist*innen und Organizer*innen die politische Diskussion. Kommt dazu noch eine aufstrebende Jugendbewegung, die sich nicht scheut, politische Gepflogenheiten in Frage zu stellen, wird der Status quo brüchig.

Doch ein Zuwachs an politischer Macht nützt nichts ohne die Möglichkeit, sie entsprechend einzusetzen, nämlich dafür, die Freisetzung von noch mehr CO₂ in die Atmosphäre zu verhindern. In einem globalen Wirtschaftssystem, das auf dem Einsatz fossiler Brennstoffe basiert, ist das allerdings leichter gesagt als getan. Zwar hat die Klimabewegung für einzelne Bereiche erfolgreich eine strengere Gesetzgebung mit freiwilligen und verpflichtenden Grenzwerten durchgesetzt, doch es hapert an der Umsetzung. Deshalb genügen diese kleinen Siege nicht: Die führenden Wissenschaftler sind sich einig, dass „Weiter wie bisher“ kein zukunftsweisender Weg ist, sondern ins Klima-Chaos führt. Der stattdessen nötige radikale Richtungswechsel bedeutet eine sozioökologische Transformation, die bei der Energie beginnt.

Der UN-Weltklimarat IPCC fordert Null-CO₂-Emissionen bis 2030, Präsident Biden hat die Frist für die USA auf 2050 verlängert – wobei sich einige amerikanische Bundesstaaten mit 2035 oder 2040 frühere Zielvorgaben setzen. Doch die Energiewirtschaft bildet die Basis unserer Gesellschaft. Stromgewinnung ist in den USA, nach dem Transportwesen, die zweitgrößte Ursache von Treibhausgasen, in Europa und vielen anderen Staaten steht sie sogar an erster Stelle. Folglich lassen sich die IPCC-Ziele zur Abwendung der schlimmsten Klimakrise nur erreichen, wenn Elektrizität ohne fossile Brennstoffe auskommt. Das bedeutet Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien, und zwar für alle Bereiche: ein komplett auf E-Mobilität umgestelltes Transportwesen, Heiz- und Kühlungssysteme in Gebäuden und in der Industrie. Entsprechend müssen die Netzkapazitäten erweitert werden, denn allein der Wegfall des Erdgases erfordert ein um 30 Prozent vergrößertes Stromnetz. All das muss in den nächsten zehn Jahren geschehen, um größeres Unheil abzuwenden.

Die Umstellung von Stromgewinnung und Stromnetz auf erneuerbare Energien ist unsere größte gemeinsame Herausforderung – in Bezug auf Logistik wie Versorgungssicherheit. Das Überleben des Planeten hängt weniger an großen Ankündigungen von Null-Emissi-

ons-Fristen als an den praktischen Fragen des Netzausbaus, für den es noch keinen konkreten Plan gibt.

Allein in den USA existieren derzeit drei unterschiedliche Netze: eines im Osten, eines im Westen und eins ausschließlich in Texas. Dieser Staat hat der Welt im vergangenen Winter vorgeführt, was passiert, wenn sich nichts verändert: Nach einem Sturm fiel wochenlang immer wieder der Strom aus. Die wirkliche Ursache war jahrzehntelanges Missmanagement durch Deregulierung und die Zerschlagung sogenannter „vertikaler Monopole“. Dieses texanische Modell machte in den 1990er Jahren auch im Rest der USA Schule und ist ein Grund, warum Konzerne wie PG&E in Kalifornien oder Con Edison in New York City heute im Energiebereich so viel Macht haben, obwohl sie ihre Netze systematisch vernachlässigen. Wenn sich daran nichts ändert, wird es künftig immer häufiger Stromausfälle wie in Texas geben.

Da Energiepolitik so entscheidend ist für alles, was den Namen Green New Deal auch nur annähernd verdient, beschäftigt sich eine Gruppe von US-Klima-Aktivist*innen verstärkt mit dem Stromnetz. Das umfasst die Erzeugung, die Weiterleitung und den Vertrieb von Elektrizität. Die Sache ist absichtlich verkompliziert. Voller Regularien und Begrifflichkeiten aus dem 19. und 20. Jahrhundert, ist die Energiewirtschaft die letzte Bastion des fossilen Kapitals im Kampf um die Zukunft.

Private Stromanbieter haben den Renditen ihrer Anleger die Stabilität der Netze geopfert. Angesichts der völlig maroden Infrastruktur scheint es aberwitzig, ausgerechnet sie von der Krise und der Umstellung auf erneuerbare Energien profitieren zu lassen. Die fossile Energieindustrie nutzt die Gelegenheit, mit Erdgas, Fracking, Wasserstoff und anderen Scheinlösungen „Übergangstechnologien“ zu propagieren, die in Wirklichkeit nur ein veraltetes Netz am Leben halten sollen. Statt in den Ausbau erneuerbarer Energien zu investieren, versuchen diese Konzerne mit allen erdenklichen Mitteln, noch die letzten Profite aus dem bestehenden System zu schlagen.

Dagegen setzen die Aktivist*innen auf öffentliche Netze, wie sie in den USA lange üblich waren: Während des ersten „New Deal“ entstanden ländliche Kooperativen und öffentliche Einrichtungen wie die „Tennessee Valley Authority“, um das Volk mit Energie zu versorgen. Im Staat Nebraska ist auch heute noch die gesamte Energieversorgung in öffentlicher Hand, ebenso zum größten Teil in South Dakota, und einige Städte wie Austin, Sacramento und Seattle verfügen zumindest über ein öffentliches Stromnetz. Doch an vielen anderen

Orten wurde ein großer Teil dieser Infrastruktur von der Industrie gekapert. Auch wenn sie nominell noch „öffentlich“ ist, handelt sie genau wie die privatisierten Energiekonzerne. Trotzdem wird immerhin noch jede*r siebte US-Amerikaner*in von öffentlichen Anbietern versorgt, deren Preise 11 Prozent niedriger sind und die nur halb so viele Stromausfälle haben wie private Versorger. Als öffentliche Einrichtungen können sie außerdem von denen gestaltet werden, die sie nutzen.

Deshalb ist eine Bewegung entstanden, die sich unter dem gemeinsamen Motto „Public Power“ für demokratische Kontrolle und den Einsatz von 100 Prozent erneuerbaren Energien in einem „Bürger*innen-Stromnetz“ fürs 21. Jahrhundert starkmacht. Entsprechende Kampagnen existieren in New York, Kalifornien, Rhode Island, Massachusetts, Texas, Illinois und Washington, D. C. Unterstützung haben sie unter anderem durch Bernie Sanders und seinen während der Präsidentschaftskampagne präsentierten Klimaplan erfahren, aber auch von den demokratischen Kongressabgeordneten Cori Bush und Jamaal Bowman.

Auch wenn einige öffentliche Netze derzeit noch keine leuchtenden Vorbilder in Sachen Stabilität und erneuerbare Energien sind, ermöglichen sie doch einen Weg dorthin. Private Anbieter dagegen werden immer zuerst den Quartalseinkünften ihrer Anleger verpflichtet sein. Die „Public Power“-Kampagnen zielen nicht nur darauf ab, Energieversorgung zurück in öffentliche Hände zu bringen, sondern auch auf eine Demokratisierung des gesamten Sektors. Angesichts der Herausforderungen durch die Klimakrise darf Energie nicht länger einigen Technikern überlassen werden. Die vor ein paar Jahren begonnenen Kampagnen für Bürger*innen-Netze sind Teil einer größeren Rekommunalisierungs-Bewegung in den USA und anderswo, bei der es auch um mehr demokratische Kontrolle geht. Durch umfassende Mitbestimmung von Beginn an könnten im Bereich der erneuerbaren Energien die Schäden wiedergutmacht werden, die fossile Energieerzeuger angerichtet haben.

Dafür legen sich Aktivist*innen mit der mächtigsten Industrie aller Zeiten an und sollten darauf gefasst sein, dass die fossile Weltwirtschaft sich nicht kampfflos geschlagen geben wird. Doch die Hoffnung, das Überleben des Planeten durch demokratisch kontrollierte, erneuerbare Energieerzeugung in öffentlicher Hand zu sichern, ist glücklicherweise eine, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Aaron Eisenberg ist Klima-Aktivist und engagiert sich bei den Democratic Socialists of America sowie bei Public Power New York City.

Gemeinsam von unten

Gerechte Transformation muss Nord und Süd zusammendenken.

Von Franza Drechsel

Ein sozialökologischer Umbau kann nicht einseitig im Globalen Norden geplant und umgesetzt werden. Dafür steht exemplarisch die Debatte um E-Autos. Die vermeintliche Verkehrswende fördert massenhaften Lithium-Abbau für Autobatterien, externalisiert so nach wie vor die Risiken und Nebenwirkungen des Kapitalismus und lässt die bereits Marginalisierten damit weitestgehend allein. Es führt kein Weg daran vorbei, gemeinsam in Nord und Süd an der sozialökologischen Transformation zu arbeiten. Denn es gibt weitere Fallen, die es zu vermeiden gilt.

So richtig die Forderung nach weniger Ressourcenverbrauch ist, reicht ein Stopp von Rohstoffabbau nicht. Eine sozialökologische Transformation muss auch dort stattfinden, wo Rohstoffe abgebaut werden. So ist es nach 60 Jahren Ölproduktion in Nigerias NigerDelta genauso wie beim Schließen deutscher Kohleminen wichtig, zu überlegen, wie es für diejenigen weitergeht, die ihre Anstellung verlieren.

Eine gerechte Transition muss aber auch die Sanierung der Hinterlassenschaften mitdenken, um die Umwelt langfristig zu entlasten. Jeder Abbau von Rohstoffen hinterlässt giftige Krater und Landschaften, Seen und Flüsse. Ken Henshaw von der NGO „We the People“ fordert dafür Umweltreparaturen. Darüber hinaus hält er ein Abkommen für nötig, das Reparaturen für die Enteigneten, Leidtragenden und Betroffenen vorsieht. Durch die Ölproduktion im Niger-Delta haben nicht nur Bäuer*innen ihre Äcker verloren. Fischerfamilien können nicht mehr vom Fisch leben, weil Ölkatastrophen und giftige Abwässer die Bestände in den Seen und Flüssen töten. Nicht umsonst fordert die NGO „Health of Mother Earth Foundation“: „Fish Not Oil!“ Darüber hinaus wird die jetzt schon begrenzte Ressource Land knapp bleiben, da das verschmutzte Land für Jahrhunderte nicht mehr für landwirtschaftliche Erzeugung genutzt werden kann. All das bedarf der Berücksichtigung.

Der berechtigte Wunsch eines Großteils der Bevölkerung im Globalen Süden, ihren Lebensstandard zu verbessern, sozusagen aufzuholen, macht eine global und sozial gerechte Transition nicht leichter. Bisher haben weder staatliche noch privatwirtschaftliche Großprojekte Vorbildcharakter, wie das malische Bewässerungsprojekt „Office du Niger“ (ON) zeigt.

Seit der Kolonialzeit ist die staatliche Verwaltung des ON-Gebiets durch fehlende Mitbestimmung, Enteignung, Vertreibung und die Verschärfung von Konflikten um Land geprägt. Immerhin wurde das Projekt bis 1980 zumindest im Hinblick auf die Nahrungsmittelproduktion als Erfolgsgeschichte betitelt. Seit der Nahrungsmittelkrise 2008 versucht

sich die Verwaltung nun an einem neuen Modell: Immer mehr ausländische Investor*innen erhalten Pachtverträge über Teile des Gebiets, mit dem Ziel, die Nahrungsmittelproduktion – auch für den malischen Markt – wieder zu steigern. Doch in den meisten Fällen werden Ansässige und Landnutzer*innen nicht konsultiert und ohne ausreichende Entschädigung enteignet. Ihnen fehlt fortan eine alternative Einkommensquelle, die nur wenige in Lohnarbeit auf den Farmen der Agrobusiness-Unternehmen finden. Andere klagen seit der Großflächenbewirtschaftung über zu wenig Wasser dafür, ihr Land zu bestellen.

Auch wenn sich die Kleinbäuer*innen in Gewerkschaften und Kooperativen organisieren, führen Perspektivlosigkeit und Ohnmacht dazu, dass fundamentalistische Gruppen Zulauf erfahren (ohne dass zwangsläufig alle ideell mit ihnen übereinstimmen). Was eigentlich ein Konflikt um Land ist, äußert sich hier im islamischen Fundamentalismus, andernorts ist er zudem ethnisch aufgeladen. Dass derartige Konflikte weltweit zunehmen, je mehr Land für Rohstoffabbau, Agribusiness-Projekte und unsaniert hinterlassene Minen reserviert ist – egal ob staatlich oder privatwirtschaftlich organisiert –, liegt auf der Hand. Der Lebensstandard wird so verringert, statt dass er, wie proklamiert, durch Landvergabe an Großprojekte erhöht würde.

Doch die Lösung kann nicht darin liegen, Land künftig kleinbäuerlich zu bewirtschaften. Obwohl sich die Menge an Niederschlag in der Sahelzone nach der lang anhaltenden Dürre der 1970er und 1980er Jahre wieder eingependelt hat, regnet es mittlerweile stärker und andauernder. Das führte 2019 im ON-Gebiet zu starken Überschwemmungen. Derartige Wetterextreme verschärfen die ohnehin schon prekäre Lage der Kleinbäuer*innen weltweit. Auch wenn kleinbäuerlicher Anbau klimafreundlicher ist und oftmals zumindest eine Mahlzeit am Tag garantiert, birgt er Risiken: Familien bleiben vereinzelt, wenn sie von Wetterkatastrophen betroffen sind. Sie haben wenig Alternativen und werden nicht selten zu Migration gezwungen, ohne die Perspektive zu haben, dass es anderswo besser wird. Klimaforscher*innen warnen davor, dass Wetterextreme zunehmen, vor allem im Globalen Süden. Eine Romantisierung traditionellen Anbaus ist einer gerechten globalen sozialökologischen Transformation darum nicht zuträglich.

Dass es produktiver und effizienter ist, kooperativ zu wirtschaften, zeigt die Aneignung der Oase Jemna in Tunesien auf beeindruckende Weise. Seit der französischen Kolonisierung bewirtschafteten verschiedene (ko-

lonial)staatliche Unternehmen das Land. Insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren sollte mittels intensiver Nutzung von Chemikalien die Produktion gesteigert werden. Nachdem der tunesische Staatskonzern 2002 pleiteging, wurde die Oase an Investor*innen aus dem Umfeld des Präsidenten Ben Ali verpachtet. Dem machte die Besetzung und Aneignung durch die Bewohner*innen von Jemna 2011 im Zuge der sogenannten Arabischen Revolution ein Ende.

Im Gegensatz zu anderen Landbesetzer*innen entschieden sie sich, die Dattelpflanzung kollektiv zu bewirtschaften. Nach kurzer Zeit konnte die „Association de Protection des Oases de Jemna“ (APOJ) 150 Angestellte bezahlen – während vorher ein Großteil der dort Lebenden erwerbslos war. Mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit wurden neue Dattelpflanzen angepflanzt und die Produktion gesteigert. Die APOJ-Mitglieder investierten die Einnahmen in öffentliche Daseinsfürsorge, darunter eine Ambulanz, Marktstände, Schulen und Kulturangebote. Tatsächlich führte die kollektive Bewirtschaftung also zu einer Verbesserung des Lebensstandards für die Bewohner*innen. Darin liegt ein Schlüssel für einen gerechten sozialökologischen Umbau. Doch so einfach ist es leider nicht.

Widerstandsbewegungen und Initiativen von unten, die Alternativen leben wollen, wurden und werden weltweit niedergeschlagen und ausgeblutet. Die Oase in Jemna, das Niger-Delta und das „Office du Niger“ zeichnen sich allesamt durch staatliche Repression aus, begonnen in der Kolonialzeit und weitergeführt von den jeweiligen unabhängigen Staaten. Um erfolgreich zu sein und eine sozialökologische Transformation im Globalen Süden anzustoßen, braucht es darum hier wie im Globalen Norden neben der Bewegung von unten die Etablierung staatlicher Strukturen, die den Neoliberalismus unterwandern, statt ihn zu stärken.

Die drei Beispiele stehen auch dafür, dass es die internationale Vernetzung ist, die Widerstand und den Ausbau von Handlungsspielräumen gegenüber staatlicher Repression stärkt. Das macht umso klarer: Nicht nur die theoretischen Fragen eines globalen Gesellschaftsabkommens müssen gemeinsam im Globalen Süden wie Norden besprochen werden, um es gerecht zu gestalten. Ein globaler Umbau hin zum solidarischen, nachhaltigen Wirtschaften kann auch nur im Miteinander von progressiven Bewegungen aus Nord und Süd gelingen.

Franza Drechsel ist Projektmanagerin und Referentin für Westafrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

